

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

10-2020

Spendenempfehlung: 3,00 €

Kuba

Analyse der gegenwärtigen „Aktualisierung des kubanischen Wirtschaftsmodells“

von

Frank Flegel

Redaktionsnotiz.....	3
Vorbemerkung.....	4
Vor zehn Jahren – „Ist <u>ein</u> 1989 nicht genug?“.....	6
Vor vier Jahren – „Analyse der Wirtschaftsreformen des sozialistischen Cuba“.....	8
Heute: Blick auf die „Aktualisierung des cubanischen Wirtschaftsmodells“	56

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Als vor 10 Jahren in Kuba die ökonomischen Reformen in Richtung Schwächung der Planwirtschaft und Implementierung von marktwirtschaftlichen Elementen begannen, haben die Redaktionsmitglieder dieser Zeitschrift (Anna und Frank) beschlossen, nicht erst nach der erfolgten Konterrevolution alles zu analysieren, sondern in einen solchen (vor zehn Jahren noch vermutlichen, heute als gewiss zu bezeichnenden) konterrevolutionären Prozess hineinzuarbeiten, um die Schritte besser zu verstehen.

Dass wir an dem, was in Kuba geschieht, nichts ändern können, ist selbstverständlich.

Aber wir dachten, es könnte nützlich sein, einerseits die Analyse der unterschiedlichen Schritte der Konterrevolution, ihrer „Salamitaktik“ und der gezündeten Nebelkerzen vorzunehmen und andererseits die Logik des Gesamtprozesses bei der schrittweisen Ersetzung einer gesellschaftlichen Planwirtschaft hin zu einer dem Wertgesetz gehorchenden, also kapitalistischen Wirtschaft zu ergründen.

Deshalb also der ganze Aufwand.

Wir hoffen, dass unsere Arbeit Euch bei Eurer Arbeit hilft.

Und wir müssen wie immer um Spenden bitten.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Vorwort

Ein paar Worte vorweg: Ich hatte bereits 2010 in der September-Oktober-Ausgabe der offen-siv einen - sehr kurzen - Artikel unter der Überschrift „Ist ein 1989 nicht genug?“ mit einer Einschätzung der geplanten Wirtschaftsreformen in Kuba veröffentlicht. Damals wurde ich sehr scharf für diesen Artikel kritisiert. Man warf mir vor, „dem revolutionären Kuba die Solidarität zu verweigern“. Es gab sogar einen Austritt aus dem damaligen Herausbergremium der offen-siv wegen dieses Artikels. In den offen-siv-Ausgaben Nov-Dez 2016 und März-April 2017 habe ich dann eine ausführlichere Analyse vorgelegt – man kann sagen, einen Zwischenbericht. Dieser belegte die Richtigkeit der 2010 getroffenen Vermutungen. Inzwischen sind wieder vier Jahre vergangen, und Kuba hat einige weitere Schritte zur „Aktualisierung des Wirtschaftsmodells“ unternommen und gerade jetzt wird das Tempo angezogen. Die Corona-Situation beschleunigt den Prozess bzw. wird für die Beschleunigung des Prozesses benutzt.

In diesem Heft findet Ihr die beiden eben erwähnten Artikel von 2010 und 2016/17 sowie meine aktuelle Arbeit zum gleichen Thema, sozusagen die Fortschreibung. Mir ist wichtig, dass der Prozess der Erosion der Planwirtschaft sichtbar wird und ich möchte ebenfalls zeigen, dass unsere Theorie, der Marxismus-Leninismus, in der Lage ist, solche Prozesse in ihrer Entstehung zu erkennen und die Entwicklungsrichtung aus deren innerer Logik ziemlich genau vorhersagen zu können. Die Kraft unserer Theorie ist einzigartig. Wir müssen sie nur anwenden.¹

¹ Manche drücken sich lieber vor einer Stellungnahme zu den ökonomischen Reformen in Kuba. Das ist natürlich weniger gut, denn wie wir wissen entscheidet die Ökonomie letztlich alles. Mit Interesse habe ich in der UZ vom 16. Oktober eine Einladung zu einer Jugendkonferenz der SDAJ und des Netzwerkes Kuba e.V. zum 24. Oktober 2020 gelesen. (Die Konferenz musste zwischenzeitlich wegen der Corona-Lage abgesagt werden.) Aber das Vorhaben spricht für sich: Es sollte dort zu einer Diskussion mit kubanischen Expertinnen und Experten kommen zu den Themenschwerpunkten Ökologie, Gesundheit, Bildung.

Trotzdem mag es manchen Lesern/innen mit den jetzt veröffentlichten Analysen erneut so erscheinen, als übe ich Verrat am revolutionären Kuba. Deshalb seien mir einige klärende Worte gestattet.

Ich verweigere dem revolutionären Kuba keineswegs die Solidarität. Nur kurz erwähnt sei über die Vergangenheit, dass die offen-siv inzwischen mehr als 2.600 Euro an Spenden für Kuba aufgebracht hat, dass zwei Sonderhefte zur Unterstützung Kubas aufgelegt wurden und wir Kuba in der offen-siv von der periodo especial (vorher gab es noch keine offen-siv) bis 2010 voller Enthusiasmus unterstützt, aber auch noch danach solidarische begleitet haben.

Eine Aufweichung der Planwirtschaft, ein Einfügen privatwirtschaftlicher Bereiche in die sozialistische Ökonomie, die Ausweitung der Ware-Geld-Beziehung, eine größere Selbstständigkeit der staatlichen Betriebe, eine Dezentralisierung der Planung, das alles sind allerdings Maßnahmen, die genau betrachtet und bewertet werden müssen, vor allem, seit wir die Katastrophe des Sozialismus in Europa 1989/90/91 mit dem vorausgegangenen Rückbau der Planwirtschaft in der Sowjetunion erlebt haben.

Um es nochmal persönlich auszudrücken: Ich bin solidarisch mit dem revolutionären Kuba. Es würden bei mir auch keine Alarmglocken klingeln bei der Implantierung privatwirtschaftlicher Bereiche in der sozialistischen Wirtschaft, wenn sie zum Überleben notwendig wären (wie in Sowjetrussland nach dem Interventionskrieg oder während der Zeit der periodo especial in Kuba) und wenn diese Maßnahmen in aller Klarheit durchgeführt würden, wenn sie also als das bezeichnet würden, was sie sind: ein Schritt zurück, der kapitalistische Elemente und damit etwas Wesensfremdes in das Wirtschaftsleben des sozialistischen Staates einbaut, und wenn gleichzeitig auf die Gefahren hingewiesen würde, die von diesen privatwirtschaftlichen Bereichen zwangsläufig ausgehen müssen – und sie nicht verkauft würden als ein Schritt in eine glänzende sozialistische Zukunft. Klingt es nach glänzender Zukunft, ist der Revisionismus am Werk. Und mit dem Revisionismus bin ich in keinsten Weise solidarisch.

Es ist ganz furchtbar, so etwas im Zusammenhang mit Kuba schreiben zu müssen, unsere Theorie halte ich jedoch nicht für verbiegbar. Ganz im Gegenteil, das Abgehen vom Marxismus-Leninismus hat in der jüngsten

Vergangenheit eine unvorstellbare historische Katastrophe hervorgebracht, indem es die Türen für die Konterrevolution in der Sowjetunion und den osteuropäischen sozialistischen Ländern aufgestoßen hat.

Natürlich weiß ich, dass ich Kuba keine Ratschläge erteilen kann. Das ist auch nicht Zweck dieses Heftes. Mir geht es um die Schärfung des Blickes angesichts der ideologischen Schwäche der Linken und der kommunistischen Bewegung nicht erst seit der Konterrevolution, - wie es Tanassis Spanidis ausdrückte: „Die `China-Frage´ (und dem entsprechend auch die `Kuba-Frage´, F.F.) ist somit kein randständiges Problem der kommunistischen Bewegung, sondern die darin auftauchenden Meinungsverschiedenheiten und Unklarheiten sind Ausdruck allgemeiner Probleme in der Theorie und Praxis der kommunistischen Bewegung“ und zeigen „die weltanschauliche Krise der kommunistischen Weltbewegung“ (offen-siv 5-2016).

Aber nun zur Sache. Als erstes folgt jetzt der Artikel von 2010, danach sind die beiden Teile der Artikelfolge von 2016/2017 abgedruckt, danach die aktuelle Analyse.

Vor zehn Jahren – „Ist ein 1989 nicht genug?“ (offen-siv 6-2010, September-Oktober)

Kann es wirklich sein, dass Cuba sich selbst aufgibt? Ist es möglich, dass 20 Jahre nach der Katastrophe des Sozialismus in Europa, die ausgelöst wurde durch die Erosion der KPdSU, dieser Partei Lenins, dieses „Urgesteins der sozialistischen Revolution“ (Kurt Gossweiler), die nach Jahrzehnten innerer Zersetzung von einem Pizza-Hut-Vertreter und einem Alkoholiker aufgelöst wurde, dass also 20 Jahre nach dieser Katastrophe die KP Cubas den gleichen Weg geht wie die KPdSU bis zum bitteren Ende namens Gorbatschow?

Die aktuellen Dokumente geben zu höchster Sorge Anlass, denn Cuba gibt die ökonomischen Grundlagen des Sozialismus auf.

Interessant ist die Argumentationslinie: man argumentiert nicht mit einer akuten Notlage (Lenin, NÖP, Fidel Castro: periodo especial) sondern ideologisch. „*Es geht außerdem darum, ...uns von jenen Konzeptionen zu entfernen, die die selbstständige Gewerbetätigkeit fast zum Aussterben verurteilten und diejenigen stigmatisierten, die in den 90er Jahren*

beschlossen, diese Arbeit aufzunehmen.“ (Leticia Martinez Hernandez, Granma-Redakteurin, granma.cu/aleman/kuba) „Der Erfolg dieses Prozesses wird in hohem Maße von der politischen Absicherung abhängen, die wir unter der Leitung der Partei und mit der aktiven Beteiligung der CTC und der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen leisten müssen. Es kommt darauf an, ein Klima der Transparenz und des Dialogs zu erzeugen,(Raul Castro Ruz, Rede vor der Nationalversammlung der Poder Popular am 1. August 2010)

Zur ideologischen Begründung gehört selbstverständlich auch, die Zerstörung des Zentrums des Sozialismus, die Zerstörung der Planwirtschaft, als einen annähernd natürlichen Prozess, als kaum der Rede wert, als gemeinschaftlich gewollt und als ganz harmonisch darzustellen. So erklärte Raul Castro Ruz, dass manche Berichterstatter *„in schriller Übertriebenheit die Bekanntgabe mutmaßlicher Reformen in unserem ökonomischen und sozialen System sowie die Anwendung von kapitalistischen Rezepten zur Neuordnung der Wirtschaft vorwegnahmen; wobei einige sich sogar so weit vorwagten, die Existenz eines Kampfes zwischen verschiedenen Linien in der Führung der Revolution zu beschreiben... .“* (Raul Castro Ruz, siehe oben.)

Aber nochmals zurück zur Ökonomie: *„Die neuen Regelungen erlauben es, Arbeitskräfte unter Vertrag zu nehmen und weitere selbstständige Tätigkeiten auszuführen.“* (Leticia Martinez Hernandez, siehe oben) Und die nächsten Schritte stehen an: Es wurde erklärt, *„dass die Erteilung neuer Genehmigungen für die Gewerbeausübung vorläufig in neun Tätigkeiten eingeschränkt bleibt, weil es keinen zulässigen Markt für den Erwerb der Rohstoffe gibt, obwohl Alternativen untersucht werden, die ihn möglich machen.“* (Leticia Martinez Hernandez, siehe oben)

Produktionsmittel und Rohstoffe als Waren im Sozialismus? Wann fällt das Außenhandelsmonopol, schon im nächsten Jahr oder erst im übernächsten?

Vor vier Jahren – „Analyse der Wirtschaftsreformen des sozialistischen Cuba“ (offen-siv 6-2016, November-Dezember, und offen-siv 2-2017, März-April)

Dieser Artikel besteht aus zwei Teilen.

Erster Teil: a) allgemeine theoretische Grundlagen; b) konkrete historische Erfahrungen mit dem revisionistischen Rückbau der Planwirtschaft in der Sowjetunion ab 1953.

Zweiter Teil: a) Darstellung und Einschätzung der Beschlüsse und Maßnahmen der kubanischen Wirtschaftsreformen unter Einbeziehung der vorher dargestellten theoretischen Grundlagen und historischen Erfahrungen; b) exemplarische Analyse der Berichterstattung über den kubanischen Reformprozess; c) Fazit.

Erster Teil (November-Dezember 2016)

a)- Allgemeine theoretische Grundlagen

Sozialistische Wirtschaft muss das Elend des Imperialismus, also das Elend des Kapitalismus aufheben, das da heißt: Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; Degradierung der Mehrheit der Menschen zu Verkäufern ihrer Arbeitskraft, und da diese ja nicht unabhängig vom Menschen existiert, in gewisser Weise zu Verkäufern ihrer selbst; Entfremdung des Menschen von seinen menschlichen und gesellschaftlichen Potenzen; imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung der Mehrzahl der Länder dieser Welt; imperialistische Konkurrenz zwischen den Zentren; imperialistische Kriege zur Niederhaltung der unterdrückten Länder bzw. zwecks Neuaufteilung der Welt zwischen den Zentren; Herrschaftssysteme wie Polizeistaat, Militärdiktatur, Faschismus; Resultat: Hunger, Elend, Flucht, Vertreibung und millionenfaches Sterben – sowohl durch Unterentwicklung als auch durch die Gräueltaten der Kriege.

Aufzuheben ist dieses Elend nur durch die Aufhebung des Kapitalismus, also des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital, denn es gibt keinen „menschlichen“ Kapitalismus, es kann ihn nicht geben, weil ihm Ausbeutung und Krieg wesenseigen sind. Die Aufhebung des Kapitalismus bedingt die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Mit der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln entfällt die Grundlage der Warenproduktion, die dem Privateigentum an den Produktionsmitteln innewohnende idiotische Produktionsform, dass Güter für die Gesellschaft privat produziert werden und erst auf dem Markt beweisen müssen, dass sie gesellschaftlich notwendige Güter, also Waren sind. Das bedeutet, dass sie für den Produzenten nichts als Werträger sind, denn der Produzent will weder gesellschaftlich nützlich sein noch ein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen, sondern nur Geld verdienen. Der Gebrauchswert interessiert ihn nur als notwendiges Übel. Und das bedeutet weiterhin, dass eine Ware immer Gebrauchswert für andere ist – andere, die nicht etwa als bedürftige Menschen, sondern ausschließlich als zahlungsfähige Nachfrage betrachtet werden.

Wie schon erwähnt, ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln die Ursache für diesen Irrsinn. Direkt und ohne diese inneren Widersprüche auskommend kann man gesellschaftlich notwendige Gebrauchswerte nur auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln herstellen.

Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln heißt also Aufhebung der Warenproduktion als gesellschaftlich bestimmende Produktionsform. Und das heißt, dass die Geltung des Wertgesetzes abgelöst wird durch die Rationalität einer gesellschaftlichen Planung. Die gesellschaftliche Planung bezieht sich auf die Produktion der notwendigen Gebrauchswerte und ist, weil sie gesellschaftlich sein muss und nicht privat sein kann, eine zentrale Planung.

Karl Marx dazu:

*„Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als **Wert** dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche*

Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren.“²

Und durch Erfahrungen spezifiziert führt J. W. Stalin zu diesem Thema aus, „dass der Wirkungsbereich des Wertgesetzes bei uns streng begrenzt ist und das Wertgesetz in unserer Ordnung nicht die Rolle des Regulators der Produktion spielen kann. (...)“

Man sagt, das Wertgesetz sei ein ständiges Gesetz, das für alle Perioden der historischen Entwicklung unbedingt gültig sei, (...) Das ist völlig falsch. Der Wert ist, wie auch das Wertgesetz, eine historische Kategorie, die mit der Existenz der Warenproduktion verbunden ist. Mit dem Verschwinden der Warenproduktion verschwindet auch der Wert mit seinen Formen und das Wertgesetz.

Völlig falsch ist auch die Behauptung, dass in unserer gegenwärtigen ökonomischen Ordnung, in der ersten Phase der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft, das Wertgesetz angeblich die „Proportionen“ der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen reguliere. Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns nicht die Leichtindustrie als die rentabelste mit aller Macht entwickelt wird, warum ihr nicht der Vorrang gegeben wird vor der Schwerindustrie, die oftmals weniger rentabel und bisweilen überhaupt nicht rentabel ist. Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns eine Reihe vorläufig noch unrentabler Betriebe der Schwerindustrie, in denen die Arbeit der Arbeiter nicht den „nötigen Effekt“ zeitigt, nicht geschlossen werden und nicht neue Betriebe der zweifellos rentablen Leichtindustrie eröffnet werde, in denen die Arbeit der Arbeiter einen „größeren Effekt“ zeitigen könnte. Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns die Arbeiter aus den wenig rentablen, aber für die Volkswirtschaft sehr notwendigen Betrieben nicht in rentablere Betriebe überführt werden im Einklang mit dem Wertgesetz, das angeblich die „Proportion“ der Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszeigen reguliert.

² Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei; auch als „Kritik des Gothaer Programms“ bekannt.

Es ist offenkundlich, dass wir, wollten wir in die Fußstapfen dieser Genossen treten, uns von dem Primat der Produktion von Produktionsmitteln lossagen müssten zugunsten der Produktion von Konsumtionsmitteln. Was aber bedeutet, sich von dem Primat der Produktion von Produktionsmitteln loszusagen? Das bedeutet, unserer Volkswirtschaft die Möglichkeit des ununterbrochenen Wachstums zu nehmen, denn es ist unmöglich, das ununterbrochene Wachstum der Volkswirtschaft zu gewährleisten, ohne zugleich das Primat der Produktion von Produktionsmitteln zu gewährleisten.“³

Soweit Stalin zur Wirkung bzw. Nicht-Wirkung des Wertgesetzes in der Sowjetunion. Auch zur Frage der volkswirtschaftlichen Rentabilität und vor allem dazu, wie sie sich zur betriebswirtschaftlichen Rentabilität verhält, finden wir bei Stalin Erhellendes:

„Manche Genossen ziehen den Schluss, dass das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft das Prinzip der Rentabilität der Produktion aufheben. Das ist völlig falsch. Die Sache verhält sich gerade umgekehrt. Wenn man die Rentabilität nicht vom Standpunkt einzelner Betriebe oder Produktionszweige betrachtet und nicht den Maßstab eines Jahres anlegt, sondern sie vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft betrachtet und den Maßstab von etwa 12 bis 15 Jahren anlegt, was die einzig richtige Fragestellung wäre, dann steht die zeitweilige und labile Rentabilität einzelner Betriebe oder Produktionszweige in gar keinem Vergleich zu der höheren Form der sicheren und ständigen Rentabilität, die uns die Wirkung des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft gewährleisten, indem sie uns vor den periodischen Wirtschaftskrisen, die die Volkswirtschaft zerrütten und der Gesellschaft gewaltigen materiellen Schaden zufügen, bewahren und uns das ununterbrochene, außerordentlich schnelle Wachstum der Volkswirtschaft sichern.“⁴

³ J. W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Stalin-Werke Band 15

⁴ ebenda

Also nochmal: Planwirtschaft ist Volkswirtschaft versus Betriebswirtschaft, es zählt nicht die Rentabilität des einzelnen Betriebes, sondern die Rentabilität und der Nutzen der gesamten Volkswirtschaft.

Und zwei weitere Gesichtspunkte: Die zentrale Planwirtschaft bringt zwei welthistorisch völlig neue Umstände mit sich:

- Das ist einerseits die Tatsache, dass die Wirtschaft, natürlich unter Berücksichtigung der grundlegenden ökonomischen Gesetze des Verhältnisses von Grund- und Schwerindustrie zu Leicht- und Konsumgüterindustrie, der Ressourcenplanung usw., dem menschlichen Willen zugänglich wird, also nicht mehr von einem anonymen, über den Dingen stehenden Gesetz, dem Wertgesetz, bestimmt wird. Zum Beispiel ist es in der Planwirtschaft möglich, den schnellen Aufbau neuer Industrien durch einen Ressourcentransfer aus den vorhandenen zu gewährleisten oder beispielsweise die Art der Verkehrspolitik, der Energiepolitik, des Ackerbaus, des Gesundheitswesens usw. nach gesamtgesellschaftlichen Gesichtspunkten zu bestimmen, weil sie nicht mehr dem Privateigentum und dem damit verbundenen privaten Gewinnstreben unterliegen.

- Und das ist zweitens die Tatsache, dass eine gesamtgesellschaftliche Planung Demokratie setzt, denn ohne die Mitwirkung des Volkes ist ein Plan eine abgehobene, volksferne Sache. Diese Demokratie ist tatsächliche Demokratie, denn die Menschen entscheiden nicht **nach** der Produktion, welche Ware sie kaufen, bleiben also im unmündigen Konsumentenstatus verhaftet, sondern sie entscheiden **vor** der Produktion, zu welchem Zweck mit welchem Aufwand für welchen Nutzen was produziert wird, sie entscheiden also über ihr eigenes Schicksal selbst, werden die Produzenten ihres eigenen Lebens und ihrer eigenen Zukunft. Das ist ein welthistorisches Novum.

Im Aufbau der Sowjetunion haben die Bolschewiki diese Einsichten beherzigt, ein Aufbau, der natürlich nicht von heute auf morgen möglich war, sondern nur im Prozess, allerdings in einem Prozess, in dem in einem Zehntel der Zeit, die der Kapitalismus für diese Entwicklung gebraucht hatte, ein hoch industrialisiertes Land entstanden war, welches dem Angriff des deutschen Imperialismus in Gestalt des Hitlerfaschismus widerstehen und den Sieg im Zweiten Weltkrieg erringen konnte. Ebenso verlief der Wiederaufbau nach

dem Zweiten Weltkrieg: 1950 übertraf das Niveau der Industrieproduktion schon jenes von 1940.

Aber 1953 wurde Chruschtschow Erster Sekretär - auf welchem Wege, wollen wir hier nicht erörtern - und mit ihm gewann der Revisionismus rasant an Einfluss.

b)- Konkrete historische Erfahrungen mit dem revisionistischen Rückbau der Planwirtschaft in der Sowjetunion seit 1953

Es gab sofort nach Chruschtschows Amtsantritt ein Umsteuern der ökonomischen Planung: weg vom Primat der Schwerindustrie und der Produktion von Produktionsmitteln, hin zum Vorrang der Produktion von Konsumgütern.

Dazu wurde der noch laufende, vom 19. Parteitag der KPdSU 1952 beschlossene Fünfjahrplan, der Gesetzesrang hatte, sofort nach Amtsantritt Chruschtschows willkürlich verändert, es wurden unrealistische Steigerungsraten der Konsumgüter- und Leichtindustrie hineingeschrieben. Dazu nur drei signifikante Beispiele: statt der im Fünfjahrplan vorgesehenen Steigerung z.B. der Fleischproduktion um 80 Prozent sollte sie nun um 230 Prozent steigen, die Butterproduktion sollte nicht wie im alten Plan um 70 Prozent, sondern um 180 Prozent steigen, die Produktion von Radios und Fernsehern nicht nur verdoppelt werden, sondern um das 4,4-fache steigen.

Dass solche Steigerungsraten unrealistisch sein mussten, war klar. Dementsprechend wurden die Planziele verfehlt, die Autorität des Planes wurde schwer beschädigt. Und die Plankatastrophen gingen weiter. Der beim XX. Parteitag angenommene Plan musste nach eineinhalb Jahren abgebrochen werden, nach einer Übergangszeit wurde 1959 ein Siebenjahrplan verabschiedet, der nach fünf Jahren abgebrochen wurde.

Das rief selbstverständlich diejenigen revisionistischen Kräfte aus ihren Löchern, die schon immer der Auffassung waren, dass es nur mit

Warenproduktion und Markt gehen könne⁵, wie z.B. Jewsej Liebermann. Es hieß, die Planwirtschaft sei nicht flexibel genug, nicht effektiv genug, und das liege daran, dass sie die Betriebe „gängele“.

Wirtschaftlich kam die Sowjetunion nicht mehr voran, das Wirtschaftswachstum sank, die Preise wurden angehoben, 1962 beispielsweise für Fleisch um 30 Prozent, für Butter um 25 Prozent. Ende 1963 musste sogar die Brotrationierung, die es während des Krieges und einige Zeit danach gegeben hatte, wieder eingeführt werden.

Von 1956 bis 1962 entstand gleichzeitig ein großes Investitionschaos. Mehr als 4000 Projekte wurden begonnen, ohne dass die vorherigen fertiggestellt waren. Es kam zu einer massenhaften Verschleuderung von Ressourcen. Die Schuld daran wurde dem zentralen Plan gegeben, der eben nicht funktioniere. Und da auf Stalin inzwischen der Bannstrahl lag, war es nicht opportun, die Geschichte des ökonomischen Aufbaus der Sowjetunion vom Ende der 20er Jahre bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges oder den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg genauer zu betrachten und die Rolle, die die zentrale Planwirtschaft dabei spielte, zu studieren.

Gegen Ende der 50er Jahre folgte der nächste Schlag gegen die Planwirtschaft. Zwischen den irrationalen Planvorgaben und dem Investitionschaos schlug Chruschtschow 1957 vor, die zentralen Unionsministerien, die für die Umsetzung der Pläne verantwortlich waren, abzuschaffen – und dieser Vorschlag wird angenommen. 25 große, zentrale Wirtschaftsministerien, die die unterschiedlichen Sparten der Produktion steuerten und koordinierten, wurden geschlossen, stattdessen wurde ein „Netzwerk von 105 regionalen Wirtschaftsorganen“ geschaffen. Auf Unionsebene blieb nur das zentrale Ministerium für Elektrizität erhalten, aber auch dieses wurde ein Jahr später abgeschafft. GOSPLAN, die zentrale Planbehörde, wurde entmachtet, d.h. hatte keine Weisungsbefugnisse an die regionalen Wirtschaften. GOSPLAN durfte nur noch Planprognosen verfassen.

⁵ Ob die unrealistischen, fast ja schon utopischen Planvorgaben absichtlich gemacht wurden, um die Pläne scheitern zu lassen oder aus welchem Grunde sonst, lässt sich nicht seriös beantworten, bleibt also Spekulation.

Ab jetzt wurde also in den Regionen über die Investitionstätigkeit entschieden. So verwundert es nicht, dass in Transkaukasien beispielsweise eigentlich ein Stahlwerk gebaut werden sollte (GOSPLANs Empfehlung), stattdessen aber ein Zirkus und mehrere Schwimmbäder entstanden. Die gesamtgesellschaftlichen Folgen ihres Handelns waren von den Regionsbehörden schlecht zu überblicken, d.h. das entstehende Chaos muss nicht Absicht der Regionsbehörden gewesen sein, sicherlich aber war es Absicht derjenigen, die GOSPLAN entmachteten haben.

Einige Produktionskennziffern (Prozentualer Anstieg der Produktion)⁶:

Produkt	1955	1956	1957	1958
Roheisen	11	7	4	7
Stahl	9	7	5	7
Kohle	13	10	8	7
Elektrizität	13	13	9	11
Schwefelsäure	15	14	6	5
Düngemittel	20	13	8	5

1957 gab es den ersten Versuch, Chruschtschow abzusetzen durch Molotow, Kaganowitsch, Malenko, Bulganin und andere. Er scheiterte, Molotow, Kaganowitsch und Malenko wurden als „Anti-Partei-Gruppe“ aus dem ZK der KPdSU ausgeschlossen.

Nachdem also 1957 die zentrale Planung wesentlich geschwächt worden war und Chruschtschow den Versuch seiner Absetzung überstanden hatte, folgte der nächste Coup: Die Auflösung der Maschinen- und Traktorenstationen (MTS): Im Januar 1958 schlägt Chruschtschow vor, die MTS aufzulösen und die Maschinen und Traktoren den bäuerlichen Kollektivwirtschaften zu verkaufen. Im Februar stimmt das ZK der KPdSU diesem Vorschlag zu und bricht damit einen Beschluss des XX. Parteitag. Bis Ende 1958 sind so gut wie alle MTS an die Kollektivwirtschaften verkauft.

⁶ Quelle: Offizielle sowjetische Wirtschaftsberichte; zitiert nach Gerhard Schnehen: Chruschtschows Wirtschafts- und Agrarpolitik, offen-siv 4-2016, S. 50

Zu den Folgen kommen wir später. Zunächst etwas zur Vorgeschichte, denn dieser Vorschlag war nicht neu. Stalin hat sich in seiner Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ schon mit dieser Thematik beschäftigen müssen, weil zwei Genossen der KPdSU, Sanina und Wensher, den gleichen Vorschlag wie Chruschtschow schon Anfang der 50er Jahre gemacht hatten. Stalin dazu:

„Wir alle freuen uns über das kolossale Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion unseres Landes, über das Wachstum der Getreideproduktion, der Produktion von Baumwolle, Flachs, Zuckerrüben usw. Wo ist die Quelle dieses Wachstums? Die Quelle dieses Wachstums ist die moderne Technik, sind die zahlreichen modernen Maschinen, die für alle diese Produktionszweige arbeiten. Es handelt sich hier nicht nur um die Technik schlechthin, sondern darum, dass die Technik nicht auf der Stelle treten darf - sie muss sich ständig vervollkommen -, dass die veraltete Technik ausrangiert und durch eine moderne und die moderne wiederum durch die modernste ersetzt werden muss. Anders ist das Vorwärtsschreiten unserer sozialistischen Landwirtschaft undenkbar, sind weder die hohen Erträge noch der Überfluss an landwirtschaftlichen Produkten denkbar.

Aber was bedeutet es, Hunderttausende von Rädertraktoren auszurangieren und durch Raupentraktoren zu ersetzen, Zehntausende von veralteten Mähdreschern durch neue zu ersetzen, neue Maschinen für, sagen wir, technische Nutzpflanzen zu schaffen? Das bedeutet Milliardenausgaben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können.

Können etwa unsere Kollektivwirtschaften diese Summen aufbringen, selbst wenn sie Millionäre sind?

Nein, das können sie nicht, weil sie nicht in der Lage sind, Milliarden auszugeben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Diese Ausgaben kann nur der Staat übernehmen, denn er - und nur er - ist in der Lage, die Verluste auf sich zu nehmen, die entstehen, wenn man die alten Maschinen ausrangiert und durch neue ersetzt, denn er - und nur er - ist in der Lage, diese Verluste sechs bis acht Jahre lang zu ertragen, um erst nach Ablauf dieser Zeit für die von ihm verausgabten Summen entschädigt zu werden.

Was bedeutet es nach alledem, wenn man fordert, dass die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf übereignet werden? Das bedeutet den Kollektivwirtschaften große Verluste zuzufügen und sie zu ruinieren, die Mechanisierung der Landwirtschaft zu gefährden und das Tempo der kollektivwirtschaftlichen Produktion herabzusetzen.

Daraus folgt: Mit ihrem Vorschlag, die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf zu übereignen, machen die Genossen Sanina und Wensher einen Schritt zurück zur Rückständigkeit und versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Nehmen wir einen Augenblick lang an, dass wir den Vorschlag der Genossen Sanina und Wensher akzeptiert und damit begonnen hätten, den Kollektivwirtschaften durch Verkauf die Hauptproduktionsinstrumente, die Maschinen- und Traktorenstationen, zu übereignen. Was würde sich daraus ergeben?

Daraus würde sich ergeben, dass erstens die Kollektivwirtschaften Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente würden, das heißt, sie würden eine Sonderstellung einnehmen, wie sie kein einziger Betrieb in unserem Lande einnimmt, denn bekanntlich sind nicht einmal unsere nationalisierten Betriebe Eigentümer von Produktionsinstrumenten. Womit ließe sich diese Sonderstellung der Kollektivwirtschaften begründen, mit welchen Argumenten des Fortschritts und der Weiterentwicklung? Kann man etwa sagen, dass eine solche Stellung dazu beitragen würde, das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben, dass sie den Übergang unserer Gesellschaft vom Sozialismus zum Kommunismus beschleunigen würde? Wäre es nicht richtiger zu sagen, dass eine solche Stellung den Abstand zwischen kollektivwirtschaftlichem Eigentum und allgemeinem Volkseigentum nur vergrößern und nicht zur Annäherung an den Kommunismus, sondern im Gegenteil dazu führen würde, dass man sich von ihm entfernt?

Daraus würde sich zweitens eine Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warencirkulation ergeben, denn ungeheure Mengen von Produktionsinstrumenten der Landwirtschaft würden in die Bahn der Warencirkulation geraten. Was denken die Genossen Sanina und Wensher: Kann die Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warencirkulation unsere

Entwicklung zum Kommunismus fördern? Wäre es nicht richtiger zu sagen, dass sie unsere Entwicklung zum Kommunismus nur hemmen kann?

Der Hauptfehler der Genossen Sanina und Wensher besteht darin, dass sie die Rolle und die Bedeutung der Warenzirkulation im Sozialismus nicht begreifen, nicht begreifen, dass die Warenzirkulation mit der Perspektive des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus unvereinbar ist. Sie glauben anscheinend, dass man auch bei der Warenzirkulation vom Sozialismus zum Kommunismus übergehen könne, dass die Warenzirkulation das nicht verhindern könne. Das ist ein großer Irrtum, der dadurch entstanden ist, dass man den Marxismus nicht verstanden hat.

In der Kritik an der „Wirtschaftskommune“ Dührings, die unter den Bedingungen der Warenzirkulation wirken sollte, wies Engels in seinem „Anti-Dühring“ überzeugend nach, dass das Vorhandensein der Warenzirkulation die so genannten „Wirtschaftskommunen“ Dührings unweigerlich zur Wiedergeburt des Kapitalismus führen müsse. Die Genossen Sanina und Wensher sind damit anscheinend nicht einverstanden. Umso schlimmer für sie. Wir Marxisten aber gehen von dem bekannten marxistischen Leitsatz aus, dass der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus und das kommunistische Prinzip der Verteilung der Produkte nach den Bedürfnissen jeden Warenaustausch ausschließen, folglich auch die Verwandlung der Produkte in Ware und damit ihre Verwandlung in Wert.“⁷

Es dürfte nicht schwer fallen zu entscheiden, welche Auffassung sich auf dem Boden des Marxismus-Leninismus bewegt und welche nicht. Dass das Ganze nicht nur ein theoretische, sondern vor allem ein sehr praktisches Problem war, zeigen die Folgen der Chruschtschow-Politik in den landwirtschaftlichen Produktionskennziffern.

„Die Folgen waren verheerend. Nachdem sie ihre neuen Maschinen bezahlt hatten, konnten sich selbst wohlhabende Farmen⁸ andere notwendige Investitionen nicht mehr leisten. Sie setzten die neuen Gerätschaften auch

⁷ J. W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Stalin Werke Band 15

⁸ Gemeint sind Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, der Autor nennt sie „Farmen“. Der Autor ist halt Amerikaner.

längst nicht so effizient ein, wie dies unter den MTS der Fall gewesen war. MTS-Arbeiter waren eine Art Elite gewesen. Weil nun jene von den Kolchosen eingestellt werden sollten, zogen sie es wegen des geringeren Status und der schlechteren Bezahlung vor, in die Städte abzuwandern. Das Ergebnis, so Roy Medwedjew⁹, bestand darin, dass `die landwirtschaftliche Produktion einen nicht wiedergutzumachenden Schaden erlitt´“¹⁰

Index der Landwirtschaftlichen Produktion in der UdSSR 1958-1963 (1958 = 100)

Jahr	Getreideergebnis
1958	100
1959	95
1960	100
1961	101
1962	101
1963	86

Die Folge war, dass die Sowjetunion erstmals in ihrer Geschichte Getreide aus westlichen Staaten importieren musste, u.a. aus Canada und den USA.

Aber damit noch nicht genug:

„Folgendes Pilotprojekt wird 1963 in der sowjetischen Textilindustrie begonnen:

Für zwei Textilfabriken, für die Majak-Werke, in der Textilien für Männer hergestellt werden, sowie für das Bolschewitschka-Werk, das auf Mode für Frauen spezialisiert ist, wird der Plan ausgesetzt. Sie dürfen nun völlig selbstständig arbeiten und direkt mit staatlichen Einzelhandelsfirmen über

⁹ Medwedjew ist keinesfalls ein Anhänger Stalins, im Gegenteil ein von der BRD-Bourgeoisie und ihren Medien hofierter ausgemachter Antistalinist. Umso schwerer wiegen seine Worte zu diesem Thema.

¹⁰ William Taubmann, „Krushchev – The Man and his Era“, New York und London 2003, zitiert nach: Gerhard Schnehen: Chruschtschows Wirtschafts- und Agrarpolitik, offen-siv 4-2016, S. 56

Preise, Konditionen und Absatz verhandeln. Das Majak-Werk reduziert sofort seinen Personalbestand, entlässt Arbeiter und Angestellte, und die Gewinne steigen um sieben Prozent an. Die Arbeiter erhalten jetzt nur noch einen Lohn in Abhängigkeit von den erzielten Gewinnen des Werkes, was den verbliebenen Arbeitern in diesem Fall zu Gute kam. Die Bolschewitschka-Werke richten schon bald eine Abteilung für Marktforschung ein, um die kaufkräftige Nachfrage nach ihren Produkten in der Art eines kapitalistischen Unternehmens zu erforschen. (Vgl. Pape, Martin und Burg, David, ‚Unpersoned. The Fall of Nikita Sergejevich Krushchev‘, London 1966, S. 164).

Vorangegangen war die so genannte Libermann-Diskussion, die seit dem Spätsommer 1962 eingesetzt hatte und die von offizieller Seite gefördert wurde. Der Charkower Ökonomie-Professor Jewsej Libermann hatte ein Buch veröffentlicht mit dem Titel ‚Plan, Profit, Prämie‘, das am 9. September 1962 in der ‚Prawda‘ vorgestellt wurde, in dem er unverhohlen dafür eintrat, dass der Gewinn wieder zum wichtigsten ‚ökonomischen Hebel‘ gemacht werden sollte, d. h. dass alle Betriebe wieder das Profitprinzip übernehmen und nach ihm wirtschaften sollten (vgl. Margaret Miller, ‚The Rise of the Russian Consumer‘, London 1965, S. 40).

Es folgte ein zweites Experiment im Frühjahr 1964 in anderen Werken der Konsumgüterindustrie. Auch hier durften die Firmen selbstständig mit den Abnehmern verhandeln und ihre Preise selbst festlegen. Sie durften fortan den Plan und die darin festgelegten Preise ignorieren. Es waren mehr als 80 Firmen, in denen diese Experimente gemacht wurden. Auch ein neues Prämiensystem wurde eingeführt, nach dem die Prämien direkt an den Gewinn, aber auch an Indexe wie Arbeitsproduktivität und Kostensenkung gekoppelt waren. Das Werk mit dem höchsten Gewinn sollte die stärksten ‚materiellen Anreize‘, sprich die höchsten Prämien erhalten. (vgl. Harry Schwartz, ‚The Soviet Economy since Stalin‘, Philadelphia & New York 1965, S. 148).

Es darf angenommen werden, dass die Betriebsleitungen, also die Direktoren und ihr Stab, von diesen ‚materiellen Anreizen‘ den Löwenanteil erhalten sollten.

Diese Vorstellungen, die eine klare Abkehr vom Sozialismus und von der Verbindlichkeit zentraler Pläne bedeutete, nach denen vorher mehr oder weniger noch gewirtschaftet wurde, fanden im November des gleichen Jahres die Zustimmung des Zentralkomitees der KPdSU unter Führung Chruschtschows (ebd., S. 43). Gleichzeitig verabschiedete der Ministerrat der UdSSR, dem Chruschtschow vorstand (er war nicht nur Parteichef, sondern auch Ministerpräsident), ein Gesetz, wonach nun den Managern und Direktoren von Industriebetrieben größere Freiheiten und Kompetenzen gewährt werden sollten (vgl. ebd.).

Das Stichwort ‚wirtschaftliche Effizienz‘ wird nun immer wieder in den wirtschaftlichen Debatten verwendet, womit nichts anderes als eine Abkehr vom Plan und eine Hinwendung zum Profit gemeint ist.“¹¹

1964 wurde Chruschtschow gestürzt.

Breshnew, Kossygin und Podgorny lösten ihn als so genannte kollektive Führung ab. Außenpolitisch stabilisierte sich der Kurs der Sowjetunion einigermaßen, aber in der Ökonomie gingen die zerstörerischen Prozesse weiter, bekannt unter dem Namen „Kossygin-Reformen“.

Von 1965 bis 1969 wurden die wichtigsten Reformen durchgeführt. Zu nennen ist zunächst die Preisreform, d.h. die Preise der Konsumgüter sollten weniger subventioniert werden, sie sollten „stärker die Werte widerspiegeln“. Die Betriebe erhielten größere „Unabhängigkeit“, sie sollten sich stärker am Markt orientieren können.

Im September 1969 fasste das ZK der KPdSU folgenden Beschluss „Zur Leitungsverbesserung der Industrie, Vervollkommnung der Planung und Erhöhung ökonomischer Anreize in der Industrieproduktion“:

„Ein ernster Mangel der industriellen Leitung ist die Tatsache, dass an die Stelle ökonomischer Notwendigkeiten administrative Methoden getreten sind. ... Die Befugnisse der Betriebe hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit sind begrenzt.

¹¹ Gerhard Schnehen, Chruschtschows Wirtschafts- und Agrarpolitik, offen-siv 4-2016, S. 42ff

Die Arbeit der Betriebe ist durch zahlreiche Vorgaben reglementiert, die die Selbstständigkeit und Initiative der Betriebsbelegschaften einschränken und ihr Verantwortungsgefühl für die Verbesserung der Produktionsorganisation verringern.

Es wurde für zweckmäßig erachtet, den Überregulierungen der Betriebsaktivitäten ein Ende zu setzen und die Zahl der den Betrieben von oben auferlegten Planvorgaben zu reduzieren“¹²

Chruschtschow hatte bereits die zentrale Planung zerstört, es gab aber noch die regionalen Planungsbehörden. Nun sollten Pläne überhaupt wegfallen, Pläne seien „veraltet, bürokratisch, restriktiv“ und eine „Stalinsche Verzerrung des Sozialismus“.

Zum Produktionsregulator sollten jetzt die Rentabilität und der Gewinn des je einzelnen Betriebes werden. Die Betriebe und die Handelsorganisationen konnten frei untereinander handeln, der Handel mit Produktionsmitteln wurde liberalisiert.¹³

1971 repräsentierten zwei Drittel des durch den Markt vermittelten Gesamthandelsumsatzes Produktionsmittel.¹⁴ Das führte zur Aufblähung des Kreditwesens. 1976 wurden beispielsweise rund 50 % der Investitionskosten der Betriebe durch Kredite finanziert.

Die Kostenrechnung, die so genannte „wirtschaftliche Rechnungsführung“ der Betriebe wird als Leitungsmethode definiert, der Markt als Regulator der Produktion. Die Rolle des sozialistischen Staates schrumpft dem entsprechend. Lenkende Eingriffe in die Wirtschaft werden jetzt über die Zins- und Kreditpolitik vorgenommen, nicht mehr über die Plankommission.

¹² Beschluss des ZK der KPdSU: Zur Leitungsverbesserung der Industrie, Vervollkommnung der Planung und Erhöhung ökonomischer Anreize in der Industrieproduktion“. Zitiert nach: Harpal Brar, Perestrojka, Bonn 2002, S. 232

¹³ „Durch die Verwendung ... des aus dem Verkauf überschüssiger Ausrüstungen und anderer materieller Werte erworbenen Geldes werden sich die Betriebe breiterer Machtbefugnisse erfreuen können.“ ZK der KPdSU: Zur Leitungsverbesserung der Industrie, ... a.a.O.

¹⁴ Siehe genauer dazu: Harpal Brar, Perestrojka, passim

Der nächste Schritt war dann, dass die Betriebe einen Teil des erwirtschafteten Gewinns für sich behalten und über dessen Verwendung frei entscheiden durften. Das führte erstens zu stark ungleichen Einkommensverhältnissen in der Bevölkerung und zweitens dazu, dass die Betriebe, um hohe Rentabilitätsraten zu gewährleisten, notwendige Neuinvestitionen scheuten, lieber mit veralteten, abgeschriebenen Maschinen weiterproduzierten, da das unmittelbar höhere Rentabilität des je einzelnen Betriebs gewährleistete – selbstverständlich bei langfristigem Niedergang der Volkswirtschaft. Oder sie produzierten lieber Güter im „oberen Preissegment“, wie das so schön heißt, z.B. in Tadschikistan: In der Fleisch- und Milchindustrie wurde dort die Produktion von preiswerten Gütern gesenkt und die Produktion teurer (Edel-)Produkte erhöht. Resultat: Mehrere Millionen Rubel Profit mehr als geplant. Die Zeche zahlen die „kleinen Leute“.

Die Gesellschaft zerfällt von innen, es entstehen dem Sozialismus so fremde Dinge wie Marktforschung (nicht, um den Bedarf der Menschen zu erforschen, sondern die besten Absatzchancen für die eigenen Produkte) und Reklame, gestärkt werden Korruption und Egoismus, gestärkt wird die Schattenwirtschaft bei gleichzeitig wachsender Gleichgültigkeit gegenüber der Allgemeinheit.

Bei Gorbatschow wurde das Ganze dann auf die Spitze getrieben: er und seine Mitstreiter warben dafür, die landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften aufzulösen, weil dem Bauern wieder der unmittelbare Bezug zu seiner „Scholle“ gegeben werden müsse, in Regierungskreisen spekulierte man darüber, ob eine gewisse Sockelarbeitslosigkeit nicht die Intensität der Arbeit – wegen der Angst, den „Arbeitsplatz“ zu verlieren – erhöhen könnte und vielleicht auch ein gutes Mittel gegen den Alkoholismus sei (!), in der Wohnungspolitik sollte das staatliche Eigentum aufgelöst werden, weil man den Menschen doch die Möglichkeit geben müsse, ihre Wohnung an ihre Kinder zu vererben und in der Industrie fand eine völlige Liberalisierung statt, inklusive eigenständigem Außenhandels der Betriebe. Ab 1987 bröckelte das staatliche Außenhandelsmonopol, exportorientierte Betriebe durften eigene Außenhandelsfirmen gründen. 1990 tätigten rund 40.000 sowjetische Betriebe eigenen Export- und Importgeschäfte.

Im Einzelnen:

Über die **grundsätzliche Umgestaltung der Industrie** sagte Gorbatschow u.a.: „Das Wesentliche der radikalen Umgestaltung ... ist der Übergang von vorwiegend bürokratischen zu ökonomischen Leitungsmethoden¹⁵ auf allen Ebenen... und eine umfassende Demokratisierung der Leitung...“¹⁶

In seinem Referat auf der 19. Konferenz der KPdSU im Juni 1988 spricht Gorbatschow vom „Chosrastschot-Prinzip“¹⁷ des Wirtschaftens, die nicht nur die Koppelung der Einkommen, sondern auch die Befriedigung sozialer Bedürfnisse mit dem individuell erbrachten Arbeitsbeitrag ermöglicht.“¹⁸

Dr. Leonid Abalkin, Leiter der sowjetischen Kommission für Wirtschaftsreformen und stellvertretender Ministerpräsident der UdSSR sagte in einem Interview mit dem „Morning Star“ am 11. Mai 1990: „Nun ein paar Worte über einige grundsätzliche Maßnahmen der Reform und ihr Konzept.

Erstens, es ist eine radikale Reform. Es ist keine Verschönerung eines heruntergekommenen Hauses, sondern der Abriss eines administrativen Kommandosystems und seine Ersetzung durch ein qualitativ neues Modell für die sozialistische Wirtschaft.

Zweitens kann die Wirtschaftsreform nur in Verbindung mit Veränderungen in der politischen Sphäre des Lebens effektiv sein.

Drittens, die Reform betrifft die eigentlichen Grundlagen des ökonomischen Systems.

Sie ist darauf ausgelegt, die Eigentumsverhältnisse in ihrer Gesamtheit zu erneuern.“¹⁹

¹⁵ Der Begriff „bürokratische Leitungsmethoden“ steht hier für Planwirtschaft (bzw. die Reste, die davon noch übrig waren), hinter dem Begriff „ökonomische Leitungsmethoden“ verbirgt sich die so genannte „Marktwirtschaft“.

¹⁶ Gorbatschow: Grundlegende Maßnahmen zur radikalen Umgestaltung der ökonomischen Leitung, Prawda, 27. Juni 1987

¹⁷ Das Chosrastschot-Prinzip bedeutet die Herstellung der vollständigen Betriebsautonomie

¹⁸ Gorbatschow, Referat auf der 19. Konferenz der KPdSU im Juni 1988

¹⁹ Dr. Leonid Abalkin, Morning Star, 11.5.1990, zitiert nach; Harpal Brara, Perestrojka, S. 74

Zwei maßgebliche Wirtschaftsberater Gorbatschows, Nikolaj Petrakow und Stanislaw Schatalin, äußerten sich in der „Newsweek“ vom 25. Juni 1990 folgendermaßen: *„Privatisierung von staatlichen Industrien, Auflösung von Industrieministerien, dringend nötige Kürzung von Staatsausgaben, Senkung staatlicher Investitionen, Unabhängigkeit der Zentralbank von der Regierung und Einrichtung aller anderen Banken auf kommerzieller Grundlage.“*²⁰

Über das **Wohneigentum** ließ Abel Abanbegjan, Mitglied der Akademie der Wissenschaften und in der sowjetischen Literatur über die Zeit als „der Mann im Zentrum der Perestrojka“ bezeichnet, folgendes verlauten: *„Viele Vorschläge, die Menschen die Kosten ihrer Wohnung an den Staat zahlen zu lassen, um sie in die Lage zu versetzen, sie ihren Erben zu hinterlassen, erscheinen ebenfalls vernünftig.“*²¹

Über die Möglichkeiten und den Nutzen einer gewissen **Arbeitslosigkeit** schreibt Nikolaj Schmeljow, Ökonom am Institut für Nordamerikanische Studien in Moskau und Berater Gorbatschows: *„Wir dürfen auch nicht die Augen vor dem ökonomischen Schaden verschließen, der aus unserer parasitären Sicherheit eines Vollbeschäftigungsgarantie resultiert. ... Ich glaube, es ist jedermann klar, dass ein Großteil der heutigen Zerrüttung, Trunksucht und Schlamperei einer Überbeschäftigung geschuldet ist. ... Wir sollten eine sachliche und entschlossene Diskussion darüber führen, welche Vorteile eine relativ kleine Arbeitskräftereserve hätte. ... Die reale Gefahr, den Job zu verlieren und vorläufig von Arbeitslosengeld zu leben, oder aber dort arbeiten zu müssen, wohin man geschickt wird, ist eine ziemlich gute Medizin gegen Faulheit, Trunksucht und Verantwortungslosigkeit.“*²²

Zu den **Entkollektivierungsbestrebungen** gibt auch Schmeljow die Vorlagen, nach denen Gorbatschow dann Maßnahmen vorschlägt:

„Kolchosen und Sowjosen müssen das Recht haben, ihren Ertrag an Staat, Kooperativen und an die Verbraucher frei zu verkaufen. ... Private

²⁰ N. Petrakow, St. Schatalin, Newsweek, 25.6.1990, zitiert nach: Harpal Brar, Perestrojka, S. 94

²¹ Abel Abanbegjan, Die Herausforderung, S. 14

²² Nikolaj Schmeljow, Zeitschrift Nowyi Mir, 1987, zitiert nach Harpal Brar, a.a.O., S. 50

*Hilfswirtschaften müssen hinsichtlich ökonomischer und sozialer Rechte mit Kollektivwirtschaften völlig auf gleiche Stufe gestellt werden.*²³

Gorbatschow setzt um:

„Heute haben wir große Kollektivwirtschaften und Sowchosen in vielen Agrarregionen. Große Arbeitskollektive, Landparzellen und landwirtschaftliche Komplexe wurden geschaffen

Sie sind vom Land ziemlich losgelöst und dies beeinträchtigt die Endresultate.

*Heute müssen wir eine festere und direktere Verbindung mit den Interessen des Einzelnen durch Kollektiv-, Familien- und Pachtverträge im Gefüge dieser Kollektive und Sowchosen sichern.*²⁴

Und weiter führt er bei der bereits zitierten Rede auf der 19. Parteikonferenz aus: *Kurz, Genossen, die aktuelle Agrarpolitik besteht im wesentlichen darin, die Produktionsverhältnisse unter den landwirtschaftlichen Betrieben zu ändern*. Wir müssen das ökonomische Gleichgewicht zwischen Stadt und Land wieder herstellen und das Potential der landwirtschaftlichen Kollektiv- und Staatsbetriebe durch Förderung diverser Vertrags- und Pachtsysteme außerordentlich entfalten. Wir müssen die Entfremdung zwischen dem Bauern und dem Land überwinden.²⁵ Das ist sehr wolkenreich ausgedrückt: Hinter den „diversen Vertrags- und Pachtsystemen“ verstecken sich Familienpachtverträge und private Einzelpachtverträge. Wenn man Gorbatschows Rhetorik ernst nähme, sollte mittels solcher Verträge das Potential der Kollektivwirtschaften entfaltet werden, was völliger Unsinn ist. Aber es geht hier ja nicht um die rhetorischen Nebelkerzen, sondern um den Inhalt: die Produktionsverhältnisse sollten geändert werden, die Landwirtschaft sollte schlicht und einfach privatisiert werden.

Noch einmal Gorbatschow in seinem Bericht an das ZK der KPdSU am 29. Juli 1988: Er spricht davon, „*die ökonomischen Verhältnisse auf dem Dorf*“ ändern zu wollen, man müsse die Arbeitseinstellung der Leute ändern, „*dies kann nur durch eine drastische Änderung der ökonomischen Beziehungen auf*

²³ N. Schmeljow, ebenda, zitiert nach Brar, a.a.O., S. 62

²⁴ Gorbatschow: Perestroika, S. 97

²⁵ Gorbatschow, Referat auf der 19. Konferenz der KPdSU, Juni 1988

dem Lande erreicht werde. Unsere Aufgabe ist es, sie in bestimmter Weise umzustrukturieren; den Bauern zu einem wahren Meister auf dem Lande zu machen, ihm zu ermöglichen, all seine Energie, seine Kenntnisse und Fähigkeiten darauf zu verwenden.“ Demgemäß forderte er die „Annahme eines Sondergesetzes über Pachtbesitz“, und fügte hinzu, dass diese Pachtungen „langfristiger Natur sein sollten und für einen Zeitraum von etwa 25 – 30 und sogar 50 Jahren überlassen werden sollten. Allgemein müsste das Problem so gestellt werde: Niemand hat das Recht, Menschen die Möglichkeit vorzuenthalten, auf Pachtvertragsbasis zu arbeiten.“²⁶

So weit die Pläne und Maßnahmen Ende der 80er Jahre in der Sowjetunion. Das Ende ist bekannt.

Zweiter Teil (März-April 2017)

Dieser zweite Teil besteht wiederum aus zwei Teilen. Den Teil a) „Darstellung und Einschätzung der Beschlüsse und Maßnahmen der kubanischen Wirtschaftsreformen unter Einbeziehung der vorher dargestellten theoretischen Grundlagen und historischen Erfahrungen“ habe ich in drei Abteilungen gegliedert: Die politische Vorbereitung; Der Plan des „Aktualisierungsprozesses“ der Wirtschaft; Die Entwicklung. Ich habe sehr viel mit Quellen und Zitaten gearbeitet, wohl wissend, dass das die Lesbarkeit nicht verbessert, aber hier schien mir eine an Quellen abgesicherte Argumentation unerlässlich. Der Teil b) „Zusammenfassung der Ergebnisse“ ist, wie der Titel schon sagt, eine Zusammenfassung und deshalb wesentlich kürzer.

a) Darstellung und Einschätzung der Beschlüsse und Maßnahmen der kubanischen Wirtschaftsreformen

Die politische Vorbereitung:

²⁶ Gorbatschow, Bericht an das Zentralkomitee der KPdSU, 29. Juli 1988, zitiert nach H. Brar, a.a.O., S. 71f.

„In Übereinstimmung mit der am 24. Februar 2008 auf der konstituierenden Sitzung der Nationalversammlung der Poder Popular vom Präsidenten des Staats und Ministerrates, Armeegeneral Raul Castro Ruz, aufgeworfenen Aufgabenstellung, dass `heute eine kompaktere und effizientere Struktur mit weniger Organen der zentralen Staatsverwaltung und einer besseren Verteilung ihrer Funktionen´ notwendig sei, beschloss der Staatsrat auf Vorschlag seines Präsidenten und nach Beratung mit dem Politbüro des ZK der Partei in der am heutigen Tag abgehaltenen Versammlung die folgenden personellen Änderungen und Umstrukturierungen der Organe der zentralen Staatsverwaltung vorzunehmen: Der Genosse Luis Rodriguez Garcia wird vom Amt des Vizepräsidenten des Ministerrates und Minister für Wirtschaft und Planung befreit. ... Der Genosse Otto Riveros Torres wird von seiner Verantwortlichkeit als Vizepräsident des Ministerrates befreit. ... Der Genosse Raul de la Nuez Ramirez wird von seiner Verantwortlichkeit als Minister für Außenhandel befreit. ... Die Genossen Alejandro Roca Iglesias und Alfredo Lopez Valdes werden von ihren Ämtern als Minister für Ernährungs- und Fischereiwirtschaft befreit. ... Der Genosse Felipe Perez Roque wird von seiner Verantwortung aus Außenminister befreit. ... Die Genossin Barreiro Fajardo wird vom Amt der Ministerin für Finanzen und Preise befreit. ... Der Genosse Fernando Acosta Santana wird vom Amt des Ministers für Metallverarbeitende Industrie befreit. ... Der Genosse Alfredo Morales Cartaya wird vom Amt des Ministers für Arbeit und Sozialversicherung befreit. ... Der Genosse Carlos Lage Davila wird von seinem Amt als Sekretär des Ministerrates befreit.“²⁷

Zusammengefasst - folgende führende Ämter wurden neu besetzt: Vizepräsident des Ministerrates, Sekretär des Ministerrates, Minister für Wirtschaft und Planung, Minister für Ernährungswirtschaft, Minister für Fischereiwirtschaft, Minister für metallverarbeitende Industrie, Minister für Finanzen und Preise, Minister für Arbeit und Sozialversicherung, Minister für Außenhandel, Außenminister. Da ist kein Stein auf dem anderen geblieben.

Nun werden die bis dahin sich im Amt Befundenen ja weder alle gleichzeitig schwer krank oder zu alt geworden noch plötzlich von gemeinsamer

²⁷ Granma internacional, März 2008, „Amtliche Bekanntmachung“, ohne Datumsangabe (im Text kommt vor: „am heutigen Tage abgehaltene Versammlung...“, diese bleibt im Artikel aber undatiert)

Verblödung befallen worden sein, sprich es kann sich hier nicht um eine normale Form des Ersatzes des einen Kadern durch einen anderen, jüngeren handeln. Manche meinten damals, es seien die Fidel-Anhänger entfernt und durch Raul-Anhänger ersetzt worden. Da ich keinen Einblick in die Interna der KP Kubas habe, kann ich das nicht einschätzen. Die Schärfe, mit der Raul Castro die Existenz von Auseinandersetzungen über die neue Wirtschaftspolitik abstreitet, deutet aber darauf hin, dass es sie gab und wahrscheinlich noch immer gibt. Raul Castro erklärte am 1. August 2010, dass es manche Berichterstatter gäbe, die „... *in schriller Übertriebenheit die Bekanntgabe mutmaßlicher Reformen in unserem ökonomischen und sozialen System sowie die Anwendung von kapitalistischen Rezepten zur Neuordnung der Wirtschaft vorwegnahmen; wobei einige sich sogar soweit vorwagten, die Existenz eines Kampfes zwischen verschiedenen Linien in der Führung der Revolution zu beschreiben.*“²⁸

Ich kann nur sagen, dass ich es für sehr unwahrscheinlich halte, dass solch tiefgreifende Veränderungen der Ökonomie, Veränderungen, die, wie wir sehen werden, den Charakter der kubanischen Wirtschaft als einer Planwirtschaft nicht nur stark gefährden, sondern auf die Dauer zerstören werden, ohne Widerspruch, Auseinandersetzungen und Machtkämpfe ablaufen.

Der Plan des „Aktualisierungsprozesses“ der Wirtschaft

„Arbeit auf eigene Rechnung“, Familienbetriebe und Kooperativen

Es geht darum, die Belegschaften in den staatlichen Betrieben zu verkleinern. Es soll ein Teil der Entlassenen zu eigenständigen Gewerbetreibenden werden, ein weiterer Teil zu selbstständigen Bauern bzw. zu Mitgliedern landwirtschaftlicher Kooperativen. Dazu Raul Castro im Rechenschaftsbericht beim 6. Parteitag der KP Kubas am 29. April 2011 sowie ein Auszug aus einem Artikel von André Scheer vom August 2010 aus der „jungen Welt“ und einen zweiten Auszug aus einem Artikel aus der Granma internacional über eine Tagung der Parteihochschule vom Dezember 2010:

²⁸ Granma internacional, Oktober 2010, Raul Castro, „Rede vor der Nationalversammlung am 1. August 2010“

„Dieses Prinzip (der Sozialfürsorge für Bedürftige, F.F.) behält voll Gültigkeit bei der Neuordnung der Arbeitskräfte, die schon im Prozess ist, um die aufgeblasenen Belegschaftszahlen im staatlichen Bereich unter strikter Einhaltung der bewiesenen Eignung zu vermindern. Dieser Prozess wird weitergehen, ohne Eile, aber ohne Pause, und sein Rhythmus ist durch unsere Fähigkeit bestimmt, die erforderlichen Voraussetzungen für seine völlige Entfaltung zu schaffen. Einen Beitrag hierfür muss unter anderen Faktoren die Erweiterung und Flexibilisierung der Arbeit in nichtstaatlichen Bereichen leisten. Diese Art der Beschäftigung, die seit vergangenem Oktober bis jetzt über 200.000 Kubaner begonnen haben, womit sich die Anzahl der selbstständigen Erwerbstätigen verdoppelt hat, stellt eine Arbeitsalternative auf der Grundlage der gültigen Gesetzgebung dar und muss deshalb die Unterstützung, Rückendeckung und den Schutz der Behörden auf allen Ebenen erhalten. ...Die Zunahme des nichtstaatlichen Sektor der Wirtschaft – weit davon entfernt, eine angebliche Privatisierung des gesellschaftlichen Eigentums zu bedeuten, wie einige Theoretiker behaupten – ist dazu berufen, zu einem Faktor zu werden, der den Aufbau des Sozialismus in Kuba erleichtert...“²⁹

„Ausgedehnt werden soll die Arbeit auf eigene Rechnung, die so zu einer Beschäftigungsalternative für erwerbslos werdende Angestellte werden soll. Zahlreiche Verbote sollen aufgehoben und die Möglichkeit zur Anstellung von Arbeitskräften ‚flexibilisiert‘ werden.“³⁰

„Zu Beginn der Debatte und angesichts der Beunruhigung mehrerer Teilnehmer in Bezug auf die Schaffung von Kooperativen in anderen Sektoren (als in der Landwirtschaft, F.F.) kommentierte der kubanische Wirtschaftsminister Murillo: ...Das Wirtschaftsmodell zu aktualisieren umfasse auch, mehrere gesetzliche Vorschriften zu ändern. Murillo war der Ansicht, dass die Kooperativen in die Kleinindustrie, in den

²⁹ Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, vorgestellt von Raul Castro, Digital Granma internacional, 29. 04. 2011

³⁰ jW, 03.08. 2010, „Kurskorrektur. Kubas Präsident Raul Castro kündigt ‚strategischen Wandel‘ an“ von André Scheer

Dienstleistungsbereich passten, `denn es gibt Dinge, die mit staatlichen Formeln nicht funktionieren.`“³¹

Größere Eigenständigkeit der Betriebe und regionale Selbstständigkeit, Plan und Markt

Bei marktwirtschaftlichen „Reformen“ im Sozialismus geht es natürlich immer um die Beschneidung der Kompetenzen der Planungsbehörden, um Dezentralisierungen und um eine größere „Eigenständigkeit der Betriebe“. So auch in den Plänen zur „Aktualisierung des Wirtschaftsmodells“ in Kuba. Dazu hier Auszüge aus dem eben schon zitierten Artikel über die Tagung der Parteihochschule und aus der ebenfalls bereits zitierten Rede Raul Castros beim 6. Parteitag:

„Unter anderen Themen wurde die Vergrößerung der Befugnisse der Betriebe untersucht, was – wie im Seminar erläutert wurde – synonym für mehr Verantwortung ist. Diesbezüglich wurde geklärt, wie die Grundsteuer, die die Betriebe zahlen werden, von den örtlichen Verwaltungsräten (CAM) erhoben werden wird, um die Entwicklung der Ortschaft zu unterstützen. Dazu hatte Raul am ersten Tag des Seminars die Entscheidung mitgeteilt, den örtlichen Verwaltungsräten mehr Befugnisse zu übertragen, um die territoriale Entwicklung zu fördern.“³²

„Das volle Verständnis dieser Konzeption wird uns befähigen, mit Solidität und ohne Rückschläge die allmähliche Dezentralisierung der Befugnisse voranzubringen, und zwar von der zentralen Regierung auf die örtlichen Verwaltungen, von den Ministerien und anderen nationalen Institutionen zugunsten der zunehmenden Autonomie des staatlichen sozialistischen Betriebes. Das übermäßig zentralisierte Modell, das gegenwärtig unsere Wirtschaft kennzeichnet, muss geordnet und diszipliniert unter Teilnahme der Werktätigen in ein dezentralisiertes System überführt werden, in dem die Planung als sozialistisches leitungsmerkmal vorherrschen wird, das aber die

³¹ Granma internacional. Dezember 2010, „In diesem Prozess entscheidet das Volk“ von Yalma Puig Meneses und Leticia Martinez Hernandez über eine viertägige Tagung in der Parteihochschule über den Entwurf der neuen Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

³² Granma internacional. Dezember 2010, „In diesem Prozess entscheidet das Volk“ von Yalma Puig Meneses und Leticia Martinez Hernandez über eine viertägige Tagung in der Parteihochschule über den Entwurf der neuen Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

*auf dem Markt bestehenden Tendenzen nicht übersehen wird, was zur Flexibilität und zur ständigen Aktualisierung des Planes beitragen wird.*³³

Ich wiederhole: das „übermäßig zentralisierte Modell“ soll in „dezentrales System überführt werden.“ Beeindruckend finde ich dabei die Wortwahl: die zentrale Planwirtschaft erscheint hier als ein „Modell“, neben dem es natürlich auch andere gibt, und dieses „Modell“ hat einen Fehler: den Zentralismus. Interessant wäre es, wenn wir darüber aufgeklärt würden, was daran denn falsch sein soll. Aber ich habe dafür keine Begründung in den mir zur Verfügung stehenden Quellen gefunden.

Wohin es statt Planwirtschaft gehen soll, bestimmt Blanca Rosa Pampin, Vizepräsidentin der Nationalen Assoziation der Ökonomen und Buchhalter Kubas, recht genau:

*„Es geht darum, unseren Sozialismus zu perfektionieren, den Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu schaffen. Denn wir befinden uns heute im 21. Jahrhundert, und der Sozialismus muss der Zeit angemessen sein. Wir werden weiter Planwirtschaft haben, aber mit einer flexibleren Planung. Wir müssen den Markt berücksichtigen, denn der Markt existiert. ... Wir haben bestimmte Prinzipien. 68 Prozent der bebauten Ländereien Kubas sind in den Händen landwirtschaftlicher Kooperativen, während der Staat selbst sehr wenige Ländereien besitzt. Weiter fördern wir die selbstständige Arbeit auf eigene Rechnung, der bereits 35 Prozent unserer Arbeiter nachgehen. ... Wir fördern die Schaffung von Kooperativen in Bereichen, die über die Landwirtschaft hinausgehen, so bei den Dienstleistungen, z.B. Friseurgeschäften oder Handwerkern. Es gibt keinen Grund, warum der Staat einen Teil seiner Energie für solche Aufgaben einsetzen sollte.“*³⁴

Es soll also eine flexible Planung geben (was immer das sei) und man muss den Markt berücksichtigen. Das Beste ist die Begründung für die Notwendigkeit, den Markt zu berücksichtigen: „...denn der Markt existiert“. Das nennt man glaube ich eine Tautologie: Erst schafft man den Markt, indem

³³ Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, vorgestellt von Raul Castro, Digital Granma internacional, 29. 04. 2011

³⁴ jW, 24.07.2013, „Besseren Sozialismus durch mehr Sozialismus“, Interview mit Blanca Rosa Pampin, Vizepräsidentin der Nationalen Assoziation der Ökonomen und Buchhalter Kubas, das Interview führte André Scheer

man Lebensmittel, kleine und mittlere Produktionsmittel, Dienstleistungen usw. privatisiert (näheres dazu weiter unten) und begründet das Geschaffene damit, dass es existiert. Ebenso unvorstellbar ist die Begründung für private Kooperativen im nicht-landwirtschaftlichen Bereich: „Es gibt keinen Grund, warum der Staat einen Teil seiner Energie für solche Aufgaben einsetzen soll.“ Die Frau ist die Vizepräsidentin der Nationalen Ökonomen und Buchhalter Kubas!

Arbeitsplatzabbau in bzw. Aufgabe von staatlichen Betrieben

Der Wirtschaftsminister Murillo kennt offensichtlich nur die betriebswirtschaftliche Rechnungsführung und will unrentable Betriebe schließen. Natürlich ist es fraglich, ob das Kalkül, die privaten Betriebe würden die dadurch entstehenden Produktionslücken schon schließen, tatsächlich aufgeht. Das Projekt ist jedenfalls nicht ohne Risiko, auch für die beschäftigten:

„Eine der Leitlinien, die die meisten Fragen aufwarfen, ist die Nr. 16, wo zum Ausdruck gebracht wird, dass staatliche Betriebe, die wiederholt Verluste vorweisen, einem Prozess der Auflösung unterworfen sein werden. `Es ist nicht möglich, zehn Jahre lang einen Betrieb mit Verlust zu haben, und dass der Staat die Kosten übernehmen muss´ äußerte der Wirtschaftsminister.“³⁵

„Kuba steht vor dramatischen Veränderungen. Die vom Nationalen Sekretariat des Gewerkschaftsbundes CTC angekündigten Massenentlassungen von einer halben Million Menschen bis Ende März kommenden Jahres (=März 2011, F.F.) sind ein Drahtseilakt. Gelingt es nicht, die Entlassenen schnell in neue, stabile Arbeitsverhältnisse zu bekommen, könnte daraus eine gefährliche Situation entstehen.“³⁶

Landwirtschaft

In der Sowjetunion war die Kollektivierung der Landwirtschaft neben ihrer Funktion im Kampf gegen die Kulaken ein Hebel zur Produktivkraftsteigerung, denn nur durch die staatlichen Maschinen- und

³⁵ Granma internacional. Dezember 2010, „In diesem Prozess entscheidet das Volk“ von Yalma Puig Meneses und Leticia Martinez Hernandez über eine viertägige Tagung in der Parteihochschule über den Entwurf der neuen Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

³⁶ jW, 15. 09.2010, „Entlassungen in Kuba. Systemfrage.“ von André Scheer

Traktorenstationen und die Zusammenfassung der kleinbäuerlichen Ländereien zu Großbetrieben war ein rationeller Einsatz der modernen Technik möglich. In Kuba sollen die Reformen eher in die gegenteilige Richtung gehen. Dazu einige Artikelauszüge aus der „jungen Welt“ und dem „Neuen Deutschland“:

„Die Transformation der industriell geprägten Landwirtschaft Kubas in eine, die von hoch produktiven, nachhaltig wirtschaftenden bäuerlichen Betrieben bestimmt wird, macht gute Fortschritte.“³⁷

„Für die einfachsten Arbeitsmittel wie Macheten, Pflüge, Sicheln, Eggen, ... mussten die Bauern in einen Papierkrieg mit der Bürokratie ziehen, den sie allzu oft verloren. Seit dem 1. April sind die Bürokraten ausgeschaltet, die ersten Verkaufsstellen wurden eingerichtet, in denen Bauern einkaufen können.“³⁸

„Die Hälfte der heute rund 200.000 bäuerlichen Familienbetriebe betreibt biologischen Anbau. Insgesamt werden von diesen betrieben auf nur 25 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche mehr als 65 % der nationalen Produktion erzeugt. Mit dem im Juli 2008 verabschiedeten 'Gesetz 259' ermöglichte die Regierung Familien, die in die Landwirtschaft wechseln wollen, die Bewirtschaftung von bis zu 13,42 Hektar Land.“³⁹

„Inzwischen sind nach Angaben des kubanischen Wirtschaftsministers Marino Murillo 920.000 Hektar Land zur Bewirtschaftung übergeben worden. ... Unterdessen kündigte Murillo an, dass die Landwirte in der Mehrzahl der 169 Landkreise Kubas die Möglichkeit bekommen sollen, ihren Bedarf (an Material und Gerätschaften, F.F.) durch direkten Einkauf zu decken. Bislang sind aufwändige Antrags- und Genehmigungsverfahren nötig. Generell ist die Beseitigung bürokratischer Hürden im Bemühen, die landwirtschaftliche Produktion durch die Förderung von Initiative und Verantwortung anzukurbeln, ein probates Mittel. Bleibt zu hoffen, dass mit

³⁷ jW, 04.08.2010, „Revolution der Nachhaltigkeit“ von Peter Clausing

³⁸ Neues Deutschland, 14.04.2008, „Kuba will Selbstversorgung ausbauen“ von Leo Burghardt

³⁹ jW, 29.04.2010, „Kubas grünes Projekt“ von Peter Clausing

*diesen Maßnahmen nicht eine schleichende allgemeine Privatisierung der Wirtschaft eingeleitet wird.*⁴⁰

Die Produktionsmittel der Bauern werden also als Waren gehandelt. Die „Bürokraten sind ausgeschaltet“. Die industriell geführte Landwirtschaft wird in eine kleinbäuerliche Struktur überführt. Ob das grundsätzlich produktiver sein kann, muss bezweifelt werden.

Herunterfahren der Subventionen für Lebensmittel

Dass im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Landwirtschaft hin zu einer kleinbäuerlichen Produktionsweise und der Eröffnung privater Bauernmärkte, der Zulassung von Groß- und Einzelhändlern usw. die staatliche Subventionierung von Lebensmitteln störend wird, liegt auf der Hand. Deshalb wurde beschlossen, das Lebensmittelzuteilungsheft abzuschaffen. Hierzu aus dem Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag Raul Castro:

„Das Lebensmittelzuteilungsheft und seine Beseitigung war ohne Zweifel die Angelegenheit, die die meisten Wortmeldungen der Diskussionsteilnehmer (an der dreimonatigen Debatte der neuen Leitlinien) hervorbrachte und es ist logisch, dass das so ist. Zwei Generationen von Kubanern haben ihr Leben unter diesem Rationierungssystem verbracht, das trotz seines schädlichen Gleichmachungs-Charakters über Jahrzehnte allen Bürgern den Zugang zu den Grundnahrungsmitteln zu lächerlich geringen in hohem Grade staatlich gestützten Preisen ermöglichte. Dieses Verteilungsinstrument hat sich – wenn es auch in den 60er Jahren aus egalitärer Berufung in Augenblicken des Mangels eingeführt worden war, um die Bevölkerung vor der Spekulation und dem Hamsterkauf mit lukrativen Zielen seitens einiger Weniger zu schützen – im Verlaufe der Jahre in eine unerträgliche Belastung für die Wirtschaft verwandelt und in etwas, was der Arbeit jeden Anreiz nahm. ... Es ist wirklich so, dass das rationierte familiäre Grundnahrungsmittelpaket, das unter konkreten historischen Umständen gerechtfertigt war, jetzt, nachdem es sich so lange gehalten hat, in seinem Wesen dem Verteilungsprinzip widerspricht, das den Sozialismus auszeichnen sollte.“⁴¹

⁴⁰ jW. 04.08.2010, „Revolution der Nachhaltigkeit“ von Peter Clausing

⁴¹ Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, vorgestellt von Raul Castro, Digital Granma internacional, 29. 04. 2011

Dass staatliche Subventionierung und freies Spiel der Kräfte auf dem Markt einander widersprechen, ist klar. Aber muss eine solche demagogische Begründung wie „...schädlicher Gleichmachungs-Charakter..“ und „lächerlich geringe Preise“ wirklich sein?

Wirtschaftsreformen und deren Propagierung in den Massenmedien

Auch wenn Raul Castro „die Existenz eines Kampfes zwischen verschiedenen Linien in der Führung der Revolution“ empört zurückweist, scheint der „Aktualisierungsprozess“ so harmonisch, wie er es gern darstellt, nicht zu verlaufen. Die Medien werden jedenfalls sehr klar in die Pflicht genommen:

Zur „Behandlung kürzlich aufgetretener Unverständnisse ... müssen Partei und Regierung „mit verschiedenen Methoden und Stilen ... den Sorgen der Bevölkerung Aufmerksamkeit schenken und dieser klar und einfach die Dinge erklären, dann wird die Unterstützung der Maßnahme erreicht. Zur Erlangung dieser Bestrebungen ist die kubanische Presse in ihren verschiedenen Formaten dazu berufen, eine maßgebende Rolle bei der objektiven, konstanten und kritischen Klärung und Verbreitung des Stands bei der Anpassung des Wirtschaftsmodelles zu spielen, damit mit scharfsinnigen und konkreten Zeitungsartikeln und Arbeiten in einer für alle verständlichen Sprache eine Kultur bezüglich dieser Themen gefördert wird.“⁴²

Wer „dazu berufen (ist) eine maßgebende Rolle bei der objektiven, konstanten und kritischen Klärung und Verbreitung des Stands bei der Anpassung des Wirtschaftsmodelles zu spielen“, der hat nicht die Aufgabe, der gesellschaftlichen Diskussion über ein Ja oder Nein zum „Aktualisierungsprozess“ Raum zu geben. Einer Grundsatzdebatte will Raul Castro in den Medien jedenfalls keinen Platz einräumen.

Die Entwicklung

„Das Resümee des Jahres 2012, das Kubas Parlament während der letzten Tagung seiner 7. Legislaturperiode gezogen hat, war mäßig optimistisch. ... Was wurde seit 2008 bewegt? Die Möglichkeiten für Beschäftigte auf eigene

⁴² Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, vorgestellt von Raul Castro, Digital Granma internacional, 29. 04. 2011

Kosten wurden erweitert. In diesem Sektor sind bereits 395.000 Bürger tätig. Es gab grünes Licht für die Gründung nicht-landwirtschaftlicher Genossenschaften, Kleinunternehmen in der Fischerei, Bauwirtschaft, bei Transport und Dienstleistungen. Drastisch wurden staatliche Planstellen in der Hoffnung gestrichen, dass sich viele selbstständig machen würden. Abertausende Hektar staatlichen Bodens wurden zur Nutzung an Interessenten übergeben. ... Das neue Gesetz zur Sozialversicherung sieht unter anderem vor, das Rentenalter für Frauen von 60 auf 65 Jahre und für Männer von 65 auf 70 Jahre heraufzusetzen; zugleich wird den Veteranen gestattet, weiter zu arbeiten, ohne den Rentenanspruch zu verlieren. ... Verständliche Verwirrung stiftete zunächst das Gesetz, dem zufolge die Kubaner zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert Steuern entrichten müssen. Dies hatten die Revolutionäre wie so Vieles im Überschwang nach ihrem Sieg im Januar 1959 abgeschafft. Auch Tourismusminister Manuel Marrero konnte einen Wachstumsrekord verkünden: 4,9 Prozent, geplant waren 5 Prozent. 2,85 Millionen Besucher kamen nach Kuba, 319.000 mehr als 2011. ... Marrero widmete einen Teil seiner Bilanz auch den 4280 privaten Zimmer- und 700 Wohnungsvermietern. Der Staat betrachtet sie heute nicht mehr als Konkurrenz, sondern als Ergänzung seines Angebots. Die staatlichen Anlagen hätten inzwischen schon private Dienstleister wie Animateure, Fotografen und Organisatoren für Feste verpflichtet.“⁴³

Wenn der Staat nicht mehr das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln verwaltet, ist er auch nicht mehr der Empfänger des gesellschaftlich produzierten Mehrproduktes. Da der kubanische Staat das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln zunehmend privatisiert, muss er zu seiner Finanzierung natürlich auf das Mittel des bürgerlichen Staates zurückgreifen und Steuern erheben. Es entbehrt nicht der Komik, dass der Autor meint, „die Revolutionäre“ hätten die Steuern „wie so Vieles im Überschwang nach ihrem Sieg im Januar 1959 abgeschafft“. „Im Überschwang“! Und jetzt werden sie offensichtlich langsam realistisch. Aber was soll's, es ist halt das ND.

Dass die Alten zur Kasse gebeten werden und das Renteneintrittsalter um fünf Jahre erhöht wird zeigt, dass die Aktualisierung auch Opfer fordert. Auf die

⁴³ Neues Deutschland, 27.12.2012, „Kuba sucht seinen eigenen Weg“ von Leo Burghardt

Gewinner komme ich später zu sprechen (es sind rund 8 – 10 Prozent der Bevölkerung).

„Die Änderungen, die nun eingeführt werden, haben hauptsächlich zum Ziel, die staatlichen Funktionen von den betrieblichen zu trennen“, führte der stellvertretende Leiter der Ständigen Kommission für Implementierung und Entwicklung aus. Die gegenwärtige Reorganisation, fügte er hinzu, verfolge eine rationellere und gesamtheitlichere Tätigkeit der Leitungsorgane beider Strukturen, der staatlichen und der betrieblichen.“⁴⁴

Dies Bestreben der Trennung von Staat und Betrieb werden wir noch in mehreren Reden und Artikeln wiederfinden. Natürlich ist das ein notwendiger Schritt, wenn man die Privatwirtschaft sich entwickeln lassen will, denn da braucht es private „Initiative“, die nicht „bürokratisch“ gegängelt werden darf... Da das Thema aber über Jahre immer wieder auftaucht, scheint die Durchsetzung dieses großen und wichtigen Schrittes hin zur Demontage der Planwirtschaft nicht ganz so reibungslos abzulaufen.

„Verantwortlich für die Aktualisierung ist Marino Murillo. Vor einem kleinen Kreis internationaler Journalisten begründet der Vizepräsident des Ministerrates die Notwendigkeit weitgehender Reformen. ‚Wir müssen die Fesseln lösen‘, sagt er und spricht ungeniert von ‚Vermögensbildung‘, ‚Preisaneizen‘ und ‚Marktabhängigkeit‘. Wurde der Kapitalismus den Kubanern bisher in homöopathischen Dosen verabreicht, ist jetzt eine Organtransplantation daraus geworden. Seit diesem Sommer dürfen einige Staatsbetriebe ihr Budget selbstständig bestimmen, 50 Prozent ihrer Gewinne behalten und reinvestieren oder an ihre Mitarbeiter weitergeben. Macht das Modell die Unternehmen rentabler, soll es 2014 für alle Staatsbetriebe geöffnet werden. Zudem wurde die Verfassung geändert; sie erlaubt jetzt Kooperativen auch außerhalb der Landwirtschaft. 197 Genossenschaften sind gerade an den Start gegangen, in der Gastronomie, dem Transport-, dem Bausektor. Für westlich Entwicklungshelfer ist das ein entscheidender Schritt. ‚Es ist die Keimzelle für kleinere und mittlere Unternehmen‘, sagt ein Berater. ... Dass die Wirtschaft jetzt weiter geöffnet wird, ist auch der Einsicht

⁴⁴ Granma internacional, Juni 2013, „Kampf gegen unsere Beschränkungen und Unzulänglichkeiten“, Artikel ohne Verfasserangabe

*geschuldet, dass die bisherigen Veränderungen nicht genug bewirkt haben. Die Produktion stieg kaum an.*⁴⁵

Wenn die Betriebe 50 Prozent der Gewinne behalten dürfen, um sie zu „reinvestieren oder an ihre Mitarbeiter weiter(zu)geben“, was wird wohl passieren? Werden wir einen Investitionsboom erleben? Eher nicht. Ich kann ja jetzt schon verraten, dass die Investitionen im Jahr 2016 um 17 Prozent unter dem Plan lagen.

*„Wir müssen uns auf ein weniger behördlich gesteuertes Funktionieren der Wirtschaft ausrichten“, sagte Marino Murillo Jorge, Vizepräsident des Ministerrates und Leiter der Kommission der Umsetzung und Entwicklung der Leitlinien. ... Er bezog sich außerdem auf die Betriebe mit Verlusten, die vom Staat finanziert werden mussten. Jetzt wird vorgeschlagen, sie neu zu dimensionieren, mit anderen zusammenzulegen oder sie einfach zu schließen. ... Ein Betrieb, drückte er aus, muss produzieren, verkaufen, kassieren und Gewinn haben.*⁴⁶

Brutaler kann man eine kapitalistische Ausrichtung der Betriebe nicht formulieren. Betriebe haben im Sozialismus die Aufgabe, Gebrauchswerte für die Menschen herzustellen – nach einem gemeinschaftlich aufgestellten Plan, um damit die in der Gesellschaft vorhandenen Bedürfnisse zu befriedigen. Natürlich muss die sozialistische Wirtschaft rationell und ressourcenschonend arbeiten. Leider erreicht man das kaum, wenn es nur um die Rentabilität des Einzelbetriebes geht, also um Betriebswirtschaft. Sozialismus ist Volkswirtschaft. Stalin hat zu diesem Thema dankenswerter Weise den Begriff der gesamtwirtschaftlichen Rentabilität eingeführt. (Siehe: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR).

Die Granma berichtet von der Zulassung weiterer privater Gewerbe:

„Das Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit gab in der außerordentlichen Ausgabe Nr. 27 des Amtsblattes der Republik Kuba eine Resolution über die Regelung der Ausübung der Selbstständigen

⁴⁵ Hannoversche Allgemeine Zeitung, 30.07.2013, „Kuba im Gründungsfiel“ von Klaus Ehringfeld

⁴⁶ Granma internacionl, August 2013, „Die Entwicklung ist der Grundgedanke der Revolution, Bericht von der Abschlusssitzung der 1. Tagung der 8. Legislaturperiode der Nationalversammlung“ von Oscar Sanchez Serra

Gewerbetätigkeit bekannt. ... Zu den auffälligsten Neuheiten unter den Erwerbstätigkeiten gehört die Legalisierung der 'Makler für Wohnungstausch, -kauf und -verkauf', die im Auftrag von Kunden den Dienst ausüben, die Durchführung von Wohnungstauschen, -käufen oder -verkäufen zu leiten und zu koordinieren'. Auffällig ist auch die neue Figur des 'Telekommunikations-Agenten', der die 'Werbung und den Einzelverkauf von Telekommunikationsprodukten und Dienstleistungen übernimmt.' ... Andere neue Modalitäten der selbstständigen Erwerbstätigkeit sind unter anderem Groß- und Einzelhändler von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Vermittler von Mietwohnungen oder für die Möbelherstellung und -reparatur. ⁴⁷

Die Maßnahmen führten nicht zum gewünschten Wirtschaftswachstum. Raul Castro dazu vor der Nationalversammlung:

*„Obwohl die kubanische Wirtschaft im laufenden Jahr (2013, F.F.) weitere Fortschritte erzielt hat, sind die vorgesehenen Ziele nicht erfüllt worden. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs um 2,7 Prozent, weniger als die geplanten 3,6 Prozent.“*⁴⁸

Aber der Kurs muss weitergehen. Und selbstverständlich braucht man im Zusammenhang mit den Privatisierungen auch eine privatwirtschaftlich ausgerichtete Kreditpolitik und dem entsprechende Institute:

„Die Instrumente für die Kontrolle der Geldemission und des finanziellen Gleichgewichts der Bevölkerung werden unter den neuen Bedingungen vervollkommenet, die eine wachsende Rolle des nicht-staatlichen Sektors vorsehen. Die schrittweise Entfaltung der Kreditpolitik wurde beibehalten, die breiteren Zugang zu Finanzierungen verschafft, sowohl für natürliche Personen, als auch für die verschiedenen Formen der genossenschaftlichen und privaten Geschäftsführung. ... So, wie die Partei und die Regierung – wir sagten es zum gegebenen Moment auch von den Gewerkschaften - die Pflicht haben, die Selbstständigkeit zu erleichtern und Stigmatisierung und Vorurteile zu verbannen, die es ihr gegenüber gab, so müssen auch durch sie alle die

⁴⁷ Granma internacional, November 2013, „Erweiterung der Modalitäten selbstständiger Gewerbetätigkeit“, Artikel ohne Verfasserangabe

⁴⁸ Granma internacional, Januar 2014, „Wir müssen mit Intelligenz, Geduld und vor allem mit Entschlossenheit handeln“, Rede Raul Castros bei der Zweiten Ordentlichen Sitzung der Achten Legislaturperiode der Nationalversammlung

*Ordnung und der Respekt vor dem Gesetz und die strikte Einhaltung der Steuerpflichten und anderen für diese Beschäftigten erhobenen Abgaben gewährleistet werden.*⁴⁹

Nun kommen wir zu einem besonderen Projekt, der Sonderwirtschaftszone Mariel. Dazu mehrere Zitate aus der „jungen Welt“, der „Granma internacional“, dem Portal „amerika 21“ und dem „RotFuchs, die ich hier zunächst unkommentiert stehen lassen möchte:

*„Am Rande des Gipfeltreffens der lateinamerikanischen und karibischen Staatengemeinschaft (CELAC) haben der kubanische Präsident Raul Castro und seine brasilianische Kollegin Dilma Rouseff den Containerhafen in der Bucht von Mariel eingeweiht. Damit wurde auch der erste Abschnitt der dortigen neuen Sonderwirtschaftszone seiner Bestimmung übergeben. ... Die Entwicklung Mariels folgt dem chinesischen Erfolgsrezept der Sonderwirtschaftszonen, die Ende der 70er Jahre starke Impulse für die dortige wirtschaftliche Entwicklung gegeben haben. Die kubanische Regierung möchte mit der Sonderwirtschaftszone einerseits mehr ausländische Investitionen ins Land holen und sie gleichzeitig räumlich begrenzen. Ihre Vision ist es, Mariel zum Produktionsstandort und Logistikzentrum für Mittelamerika und die Karibik zu machen. Sollte das Modell erfolgreich sein, werden weitere Sonderwirtschaftszonen folgen, kündigte Rodrigo Malmierca Diaz an, der kubanische Minister für Außenhandel und Auslandsinvestitionen.*⁵⁰

*„Für die Sonderwirtschaftszone Mariel bewerben können sich ausländische natürliche oder juristische Personen, kubanische Personen oder natürliche Personen mit Wohnsitz im kubanischen Territorium, um produktive, Handels- oder Dienstleistungen zu realisieren.*⁵¹

„Die Sonderentwicklungszone Mariel, deren Leitplan im vergangenen November (Nov. 2013, F.F.) in Kraft trat, ist eine der Prioritäten, um

⁴⁹ Granma internacional, Januar 2014, „Wir müssen mit Intelligenz, Geduld und vor allem mit Entschlossenheit handeln“, Rede Raul Castros bei der Zweiten Ordentlichen Sitzung der Achten Legislaturperiode der Nationalversammlung

⁵⁰ jW, 29.01.2014, „Vorbild China“, von Volker Hermsdorf

⁵¹ Granma internacional, Oktober 2013, „Staatsrat verabschiedet Gesetz über die Sonderentwicklungszone Mariel“ von Leticia Martinez Hernandez und Yaima Puig Meneses

ausländische Investitionen im Land zu steigern. Dies wurde auch nochmals am vergangenen 29. März 2014 aus Anlass der Verabschiedung eines neuen Investitionsgesetzes im kubanischen Parlament erklärt. Die Direktorin der Regulierungsbehörde der Sonderentwicklungszone erinnerte auch daran, dass im Gebiet von Mariel Sonderregelungen gelten werden, die für Investoren größere Vorteile böten und erläuterte Einzelheiten zur Einstellung und Bezahlung von Arbeitskräften. Nach ihren Angaben gibt es keine 'Tarifordnung' in Bezug auf die Personalkosten, sondern dies werde im Vorhinein zwischen den Investoren und einer staatlichen Beschäftigungsagentur ausgehandelt, die Aspekte wie den Wert der Arbeitskraft in der Region und in Kuba berücksichtigen werde. ... Die Normen der Sonderzone sollen eine Politik ermöglichen, die ergebnisfördernd sei und keine 'Beschränkung' für ausländische Arbeitskräfte darstelle.“⁵²

„Das bisher gültige Gesetz für Auslandsinvestitionen stammt aus dem Jahr 1995 und sieht eine Staatsquote von mindestens 51 Prozent bei Joint-Ventures vor. Auch sind bestimmte Sektoren der Wirtschaft für ausländische Investitionen gesperrt. Pedro San Jorge, Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung beim Ministerium für Außenhandel und Investitionen, sagte jetzt: 'Es wurde entschieden, das neue Gesetz (über Auslandsinvestitionen in Kuba, F.F.) deutlich tiefgehender zu gestalten und an die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Landes anzupassen.' Bereits auf der Sitzung des kubanischen Parlaments im Dezember 2013 hatte Präsident Raul Castro angekündigt, dass ausländische Investitionen eine Schlüsselrolle bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes spielen werden. San Jorge sagte jetzt, dass sich ein Teil der neuen Investitionsbedingungen in Übereinstimmung mit den Regeln der Sonderwirtschaftszone Mariel befinden werden. Diese sehen unter anderem vor:

*Bis zu 100 Prozent ausländischer Anteil an den Unternehmen.
Niedrige Export- und Importzölle.*

⁵² Portal amerika 21, 20.04.2014, „15 Investoren für Sonderwirtschaftszone Mariel“ von Klaus E. Lehmann

Befreiung von lokalen Abgaben sowie der Lohnsteuer.

14 Prozent Sozialabgabe.

12 Prozent Gewinnsteuer (Befreiung in den ersten zehn Jahren).

1 Prozent Steuer auf Verkäufe und lokale Dienstleistungen.

*Einzahlung von 0,5 Prozent des Gewinns an einen Fonds zum Erhalt und Ausbau der Zone.*⁵³

Auch wenn die Wirtschaft im Ganzen nicht die erhoffte Dynamik erhalten hat, so wächst der private Bereich derselben doch in rasantem Tempo:

*„Die Zahl der Arbeiter, die ihren Lebensunterhalt in nicht-staatlichen Produktionsformen verdienen, ist innerhalb von nur 24 Monaten von 157.000 auf 442.000 angestiegen. ... Das strategisch wichtige Transportwesen ist mit am weitestgehendsten von den neuen Unternehmensformen durchzogen. ... Im der gleichen Weise bilden sich im Umfeld der Transportunternehmen Servicebetriebe, darunter unter anderem in den Bereichen Autowäsche, Reparaturwerkstätten, Reifendienste sowie der ganze Bereich der für den Personenverkehr notwendigen technischen Unterstützung. Das gleiche Managementsystem, das exklusiv private Arbeiter vereint, wurde in verschiedenen Bauernmärkten der Hauptstadt angewendet. Auch wenn die Preise bislang noch nicht im erwarteten Maße gesunken sind, wird erwartet, dass sie fallen, sobald die Zwischenhändler, die sich zwischen Acker und Verkaufstheke festgesetzt haben, verschwinden. ... Der Aktualisierungsprozess des kubanischen sozialistischen Modells hat mit den neuerdings getroffenen wichtigen kreditpolitischen, steuerlichen und monetären Entscheidungen einen neuen Impuls erhalten.*⁵⁴

Der Autor zitiert in der gleichen Ausgabe eine private Ladenbetreiberin, die sich wünscht, dass es auch für Ärzte möglich sein sollte, sich privat in Kooperativen zu organisieren. Das ist keine offizielle Verlautbarung, zeigt aber einen bestimmten Geist, der durch die Privatisierungen hervorgerufen wird: es gibt kein Halten mehr, und das sogar in Anbetracht eines staatlichen Gesundheitssystems, das für seine Leistungen weltweit als Vorbild gilt.

⁵³ RotFuchs, April 2014, „Kuba will kein Paradies für ausländische Unternehmen werden. Zur Sonderwirtschaftszone Mariel“ von Marcel Kunzmann

⁵⁴ Cuba libre, 1-2014, Jan-April, „Jorgitos Log. Aus Kuba: Eine notwendige Aktualisierung“ von Jorge Enrique Jeréz.

Die kubanische Nationalversammlung diskutierte Mitte 2014 die Entwicklung und musste feststellen, dass das geplante Wirtschaftswachstum nicht erreicht wurde. Dazu ein Artikelauszug von Tobias Kriele aus „Cuba libre“:

„Vier Tage lang analysierten die Abgeordneten der kubanischen Nationalversammlung, die im Kongresspalast von Havanna zusammengekommen waren, die Lage der Nation. ... Ein zentrales Anliegen war es herauszufinden, in welchem Maße die vom 6. Parteitag verabschiedeten Leitlinien erfolgreich umgesetzt werden konnten. ... Zu den Kooperativen im nicht-landwirtschaftlichen Bereich stellte Marino Murrillo, Vizepräsident des Ministerrates, fest, dass es bis jetzt 249 von ihnen gäbe und 498 in Planung seien. ... Die 467.000 Personen, die bis jetzt auf eigene Rechnung arbeiten, hätten zu einer Umstrukturierung des Arbeitsmarktes geführt. ... Adel Izquierdo, Minister für Wirtschaft und Planung, nannte diverse Gründe für das schwache Wachstum von 0.6 %. Wenn man sie externen Einnahmen steigern, könne man dem begegnen, denn das seien die Quellen, die der Wirtschaft einen stabilen Wachstumsrhythmus verleihen. Die neuen Veränderungen in der Unternehmensstruktur würden viele Probleme lösen. Für Ende des Jahres erwarte man ein BIP von 1,4 %, das sei weniger als die 2,2 %, die geplant waren. ... Das, was dieses Jahr erreicht wurde, 'befriedigt uns nicht, aber es entmutigt uns auch nicht im Geringsten', sagte Präsident Raul Castro. Es gelte einfach, konsequent und mit Optimismus weiter zu kämpfen. Dann werde man zu einem regelmäßigen Wachstumsrhythmus kommen und damit die sozialistische Entwicklung auf nachhaltige und irreversible Grundlage stellen.“⁵⁵

„Kuba ist im Begriff, die Grundlagen seines gesellschaftlichen Lebensprozesses zu erneuern. Dieses Vorhaben befindet sich momentan in einer schwierigen Zwischenphase, in der der Schwung der ersten Maßnahmen verpufft ist. Die teilweise radikalen Umgestaltungen verlangen ihren Tribut, neue Wege müssen beschritten werden und die Reibungsverluste sind enorm. ... Inmitten des Umgestaltungsprozesses stagniert die kubanische Wirtschaft. Demgegenüber bleibt natürlich festzuhalten, dass es sich bei der Aktualisierung der wirtschaftlichen Grundlagen in Kuba um einen

⁵⁵ Granma internacional, August 2014, „Das Parlament tagte“, Artikel ohne Verfasserangabe

mittelfristig angelegten Prozess handelt, der auf mindestens fünf Jahre ausgelegt ist. ⁵⁶

Immer wieder betont wird die Notwendigkeit, staatliche und wirtschaftliche Kompetenzen voneinander zu trennen, Entscheidungsprozesse zu dezentralisieren und Zuständigkeiten von den Ministerien auf die „Unternehmenssysteme“ zu übertragen. Gleichzeitig sollen die „sozialistischen Staatsbetriebe“ leichter an den marktwirtschaftlichen Reformen teilhaben können. Nochmals dazu Raul Castro vom Dezember 2014:

„Im nächsten Jahr (2015, F.F.) werden wir mit den vorbereitenden Tätigkeiten für die Abhaltung des 7. Parteitages im April 2016 beginnen. Vor dem Parteitag wird eine breite und demokratische Debatte mit der kommunistischen Mitgliedschaft und dem ganzen Volk über den Stand der Umsetzung der Leitlinien durchgeführt werden. Eng verbunden mit der Aktualisierung des Wirtschaftsmodells ist der Prozess der schrittweisen, ich wiederhole schrittweisen Dezentralisierung, der Übertragung von Zuständigkeiten von den Ministerien auf das Unternehmenssystem. Das ist nicht etwas, was über Nacht geschehen kann, wenn wir Erfolg haben wollen. Es ist eine angemessene Zeit erforderlich, um, wie wir es tun, die Kader auf allen Ebenen vorzubereiten und zu schulen, die archaische Mentalität zu modifizieren und alte Gewohnheiten abzuschaffen sowie den rechtsrahmen und genaue Verfahren auszuarbeiten und umzusetzen. ... Für eine größere Autonomie des sozialistischen Staatsbetriebes wurde, neben anderen Maßnahmen, dessen Gesellschaftszweck erweitert und flexibilisiert, der staatliche Auftrag definiert und es wurden Befugnisse für die Vermarktung der Überschussproduktion gewährt. Ebenso wurde die Beseitigung administrativer Beschränkungen bei der Zahlung leistungsabhängiger Löhne angewiesen. ⁵⁷

⁵⁶ Cuba libre, 4-2014, Nov/Dez 2014, „Die Hoffnung heißt BRICS“ von Tobias Kriele

⁵⁷ Granma internacional, Januar 2015, „Rede des kubanischen Präsidenten Raul Castro Ruz auf der Abschlussstagung der 4. Ordentlichen Sitzungsperiode der 8. Legislaturperiode der Nationalversammlung“

Das klingt wie eine Kopie der Kossygin-Reformen und dem Beginn der Perestroika in der Sowjetunion – und ich befürchte, dass es nicht nur so klingt.

Aber immerhin, im Jahr 2015 hatte Kuba ein Wirtschaftswachstum von 4 Prozent vorzuweisen, genauso wie es geplant war. Leider lässt die Aufschlüsselung der Gründe für das Wachstum nicht auf eine innere Wirtschaftsdynamik schließen, sondern fast ausnahmslos auf günstige außenwirtschaftliche Umstände. Marino Murillo erklärte dazu jedenfalls:

„Das Bruttoinlandsprodukt Kubas wuchs im Jahr 2015 um 4 Prozent, was insbesondere im Zusammenhang mit Vorauszahlungen von Zahlungsmitteln, vorgezogenen Verträgen aus Krediten und deren Ausführung, sowie mit der fallenden Tendenz der Preise für Importe möglich war. ... Murillo erläuterte, dass im Vergleich zu 2014 sämtliche Wirtschaftszweige gewachsen sind. Insbesondere erwähnte er die Zuckerindustrie, die um 16,9 Prozent wuchs, das Bauwesen (um 11,9 Prozent) und die Fertigungsindustrie (um 9,9 Prozent).“⁵⁸

Das Anziehen von ausländischem Kapital war eine wichtige Funktion der Sonderwirtschaftszone Mariel. Das scheint relativ schnell auch Erfolge gebracht zu haben, wie das „Handelsblatt“ schreibt:

„Wirtschaftsminister Siegmar Gabriel kommt mit seiner Delegation (R. Festge, VDMA-Präsident; M. Wansleben, DIHK-Hauptgeschäftsführer; M. Kerber, BDI-Hauptgeschäftsführer; D. Gorny, Beauftragter von BMWi für Kreative und Digitale Ökonomie; A. Aumüller, Nordzucker; Ch. Diemer, Heitkamp&Thumann; A. Felber, SKM; J. Hanefeld, VW; M. Herrenknecht, Herrenknecht; E. Karsta, Dräger; B. Kawlath, Schuber&Salzer; P. Marcato, Giesecke&Devrient; W. Meixner, Siemens; H. Obilcnik, Bosch; J. Tillmann, Tönnies Lebensmittel; A. Walth, Messer Group.) reichlich spät auf die Insel. Andere Nationen schicken eine Delegation nach der anderen, nachdem die USA 2015 das Embargo gelockert hatten. Und auch Siegmar Gabriels SPD-Parteikollege Frank-Walter Steinmeier war schon da. Aus Frankreich kam

⁵⁸ Granma internacional, Januar 2016, „Bericht von der Ansprache Marino Murillo Jorges, Vizepräsident des Ministerrates und Minister für Wirtschaft und Planung, bei der Plenarsitzung der Nationalversammlung am 29. Dezember 2015“ von Yudy Castro Morales, Lissy Rodriguez Guerrero und Kathryn Felipe

*sogar Staatspräsident Francois Hollande, begleitet von einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation, aus Italien Ministerpräsident Matteo Renzi. Allein im Herbst (2015, F.F.) reisten 25 Wirtschaftsdelegationen an.*⁵⁹

Mariel entpuppt sich aber nicht nur als Magnet für ausländisches Kapital, nein, die günstigen Bedingungen dort locken auch kubanische Betriebe in die Sonderwirtschaftszone. Es ist schwer zu verstehen, was das mit dem Anziehen ausländischen Kapitals zu tun haben soll, aber es scheint ja erlaubt zu sein. Jedenfalls wurden bereits drei Unternehmen mit „100%ig kubanischem Kapital“ bestätigt und es gibt andere, deren Unterlagen vorbereitet werden. Zu Mariel und den drei Projekten mit 100%ig kubanischem Kapital jetzt ein Auszug aus einem Gespräch mit der Generaldirektorin des Büros der Sonderentwicklungszone, veröffentlicht in Granma internacional:

„Die Sonderentwicklungszone Mariel soll zu einem regionalen Referenzpunkt für die Anziehung ausländischen Kapitals werden, durch dessen technologische Entwicklung in Abstimmung mit unserer Wirtschaft Produktionen und Serviceleistungen von hohem Mehrwert erzeugt werden. Über dieses Projekt sprach Granma mit Ana Teresa Igarza Martinez, Generaldirektorin des Büros der Sonderentwicklungszone. Ana Theresa Igarza: `Im letzten Jahr (2015, F.F.) konnten wir ausgehend von der Marktforschung bestimmen, welche Unternehmen mit industriellen Profil und aus welchem Tätigkeitsbereich wir anziehen wollen. Davon ausgehend haben wir die Werbetätigkeit auf das Ausland gerichtet und werden 2016 damit fortfahren. ... Auch konnte die Sonderzone, in der besondere Richtlinien und Regeln zur Anwendung kommen, die Abwicklung der Formalitäten beschleunigen und bürokratische Hemmnisse aus dem Weg räumen. ... Ein großer Vorteil, in der Sonderentwicklungszone Mariel zu investieren, ist die qualifizierte Arbeitskraft, über die wir verfügen. Der universelle und kostenlose Charakter des kubanischen Bildungswesens begünstigt, dass Arbeitskräfte in breiten Wirtschaftsbereichen verfügbar sind, die wir den ausländischen Kapitalanlegern anbieten können. ... Während die Gewinnsteuer im Land bei 15 % für Auslandsinvestitionen in Joint Ventures und bei 35 % für hundertprozentig kubanisches oder ausländisches Kapital liegt, werden die Unternehmen ab Beginn ihrer Tätigkeit über zehn Jahre

⁵⁹ Handelsblatt, 8./9./10. 01.2016, „Einsatz in Havanna“ von Dana Heide

hinweg Steuerbefreiung genießen und danach nur 12 % entrichten. Dies regt viele Unternehmen des Landes (gemeint ist Kuba, F.F.) an, in die Zone zu investieren. Es gibt bereits drei bestätigte Projekte mit 100%ig kubanischem Kapital und andere, deren Unterlagen vorbereitet werden – in den Bereichen Industrie, Biotechnologie und Pharmazie.“⁶⁰

Leider wird aus diesem Gespräch mit der Generaldirektorin des Büros der Sonderentwicklungszone nicht klar, ob es sich beim genannten kubanisches Kapital um privates Kapital oder um Kapital von Staatsbetrieben handelt (in ausgewählten Zonen dürfen die Staatsbetriebe inzwischen ja 50 % des Gewinns behalten) , eins aber wird klar: diese kubanischen Unternehmen siedeln sich dort wegen der geringen Abgaben an, eine klare Folge der Vorgabe, Gewinne erwirtschaften zu müssen (Zur Erinnerung Murillo: *„Ein Betrieb muss `produzieren, verkaufen, kassieren und Gewinn haben`“.*)

Die Beweggründe der kubanischen Unternehmen sind schon nicht besonders „sozialistisch“, viel fataler aber sind die Folgen der Ansiedlung. Mariel ist zwar keine Freihandelszone, denn es gibt Zölle, wenn auch sehr niedrige, aber Einfuhr und Ausfuhr von dort sind völlig unabhängig von irgendwelchen Genehmigungen des kubanischen Staates - ein Außenhandelsmonopol des Staates würden sich kapitalistische Unternehmen, die ja angelockt werden sollen, auch nicht bieten lassen bzw. dann käme niemand. Von Mariel aus kann man als Unternehmen frei importieren und exportieren. Mit der dortigen Ansiedlung kubanischer Unternehmen ist das Außenhandelsmonopol des sozialistischen Staates ausgehebelt.

So kommt ein Baustein zum anderen. Werfen wir zum Jahresende 2015 einen kurzen Blick auf die innenpolitischen Folgen des Reformkurses:

„Die Reformen, die die Regierung initiiert hat, wurden im Ausland deutlich euphorischer aufgenommen als im Inland, die Skepsis war groß und die Löhne sind nach wie vor sehr niedrig. Die Zahl der Gewinner liegt bei 8 bis

⁶⁰ Granma internacional, Februar 2016, „Mariel im Trubel der kubanischen Wirtschaftsentwicklung, Gespräch mit der Generaldirektorin des Büros der Sonderentwicklungszone“, geführt von Arlin Albety Loforte

10 Prozent der Bevölkerung: Diejenigen, die es geschafft haben, sich erfolgreich selbstständig zu machen, leben besser.“⁶¹

Man könnte ja fast behaupten, dass das vorhersehbar war.

Im Frühjahr 2016 fand der 7. Parteitag der KP Kubas statt. Die Schlussrede Raul Castros wirkt einerseits etwas inhaltsleer, andererseits sehr verbissen, wenn es um die Durchsetzung der Leitlinien geht. Aber lest selbst:

„Lieber Companero Fidel, Companeras und Companeros, wir haben auf diesem 7. Parteitag, der gerade zu Ende geht, intensiv gearbeitet und Beschlüsse von strategischer Tragweite für die Gegenwart und die Zukunft der Nation gefasst. Der Parteitag hat den Zentralen Bericht und diverse Resolutionen über die wichtigsten Angelegenheiten, die analysiert wurden, angenommen und die Erfüllung der Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei und der Revolution überprüft und deren Aktualisierung zugestimmt, die in 274 Leitlinien zum Ausdruck kommt. ...

Gleichzeitig nahm der Parteitag mit Wohlwollen die vorgelegten Projekte hinsichtlich der Konzeptualisierung des Wirtschafts- und Sozialmodells und die Grundlagen des Nationalen Plans für die Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung bis 2030 auf. Wegen deren großer Bedeutung wurde beschlossen, mit den Mitgliedern der Parte, der UJC, Vertretern der Massenorganisationen und verschiedenen Sektoren der Gesellschaft eine breite und demokratische Debatte über diese programmatischen Dokumente zu führen. ... Die Komplexität der erwähnten Projekte macht es notwendig, alle diese erforderlichen Maßnahmen anzuwenden, und es geht an erster Stelle darum, sicherzustellen, dass sie verstanden werden, was im Vornhinein eine rigorose Vorbereitung derer voraussetzt, die die Diskussion darüber leiten werden. Bei Angelegenheiten dieser Art ist wesentlich, die bewusste Zustimmung der großen Mehrheit zu erreichen und deswegen ist es unerlässlich, zuzuhören, zu argumentieren und die Meinung der Mitglieder und des Volkes im allgemeinen zu berücksichtigen.“⁶²

⁶¹ Neues Deutschland, 28.12.2015, „Die Investitionen sind überschaubar. Der kubanische Ökonom Pavel Vidal über Kubas Finanzpolitik und die Zukunftsprojekte der Wirtschaft“

⁶² Granma internacional, Mai 2016, „Rede Raul Castros auf der Schlussitzung des 7. Parteitages der Kommunistischen Partei Kubas“

Also: die Komplexität mache es notwendig, alle Maßnahmen anzuwenden. Dazu müsse man sicherstellen, dass sie verstanden werden (was „akzeptiert werden“ heißen soll). Dazu brauche man eine „rigorose Vorbereitung“ der Kader, denn man muss die „bewusste Zustimmung der großen Mehrheit“ erreichen. Trotz des sprichwörtlich hohen Bildungsniveaus in Kuba vertraut Raul Castro weder seinen Kadern noch seinem Volk. Die Kader müssen „rigoros“ vorbereitet werden, das Volk soll nicht selbst analysieren, reflektieren und entscheiden, sondern es muss zu einer richtigen, nämlich der von den „Reformern“ gewünschten Entscheidung angeleitet werden. Und das Ganze heißt dann: „Eine breite und demokratische Debatte über diese programmatischen Dokumente zu führen“.

Kommen wir zurück zur Wirtschaftsentwicklung. Das Wachstum im Jahr 2015 war ja, wie schon angemerkt, eher günstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen geschuldet als der eigenen Wirtschaftskraft. Und das zeigte sich Ende des Jahres und zu Beginn des Jahres 2016. Dazu nun ein längerer Auszug aus der Rede Raul Castros vor der Nationalversammlung vom August 2016:

„Im Dezember 2015 habe ich erklärt, dass finanzielle Einschränkungen eingeplant werden mussten infolge der rückläufigen Einnahmen in unseren Exporten durch die gesunkenen Preise in den traditionellen Exportposten sowie der Beeinträchtigung in den beiderseitigen vorteilhaften Kooperationsbeziehungen mit verschiedenen Ländern, vor allem mit der Bolivarischen Republik Venezuela, der ein Wirtschaftskrieg auferlegt wurde, um die Unterstützung des Volkes für seine Revolution zu schwächen.

Im ersten Halbjahr (2016, F.F.) stieg das Bruttoinlandsprodukt um ein Prozent, die Hälfte von dem, was wir uns vorgenommen hatten. Dieses Ergebnis wurde bedingt durch die Verschärfung der externen finanziellen Restriktionen, hervorgerufen durch den Ausfall von Exporterlösen, wozu die Einschränkungen kamen, denen sich einige unserer wichtigsten Handelspartner aufgrund der gefallenen Ölpreise gegenüber sehen. ...

Ich muss zugeben, dass es einige Verzögerungen in den laufenden Zahlungen an Lieferanten gegeben hat. In diesem Zusammenhang möchte ich unseren Partnern für ihr Vertrauen und das Verständnis für die vorübergehende Situation danken und den festen Willen der Regierung bekräftigen, die

Verzögerungen aufzuholen. Wir geben die Absicht nicht auf, die Wiederherstellung der internationalen Glaubwürdigkeit der kubanischen Wirtschaft fortzusetzen. Wir können auch die schädlichen Auswirkungen der US-Blockade nicht ignorieren, die weiterhin in Kraft ist. Mehr als drei Monate nach den Ankündigungen von Präsident Obama am 15. März, dass für Kuba das Verbot beseitigt werden würde, in seinen internationalen Transaktionen den Dollar zu verwenden, ist die Wahrheit, dass noch nicht erreicht worden ist, Zahlungen oder Geldeinlagen in dieser Währung zu tätigen.

Unter diesen widrigen Umständen hat der Ministerrat eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die darauf gerichtet sind, der Situation zu begegnen und die Hauptaktivitäten abzusichern, die die Vitalität der Wirtschaft gewährleisten, bei Minimierung der Auswirkungen auf die Bevölkerung.

Wie zu erwarten war, beginnen – mit der Absicht, Entmutigung und Unsicherheit bei den Bürgern zu sähen – Spekulationen und Prognosen aufzutauchen über einen bevorstehenden Zusammenbruch unserer Wirtschaft und die Rückkehr zur akuten Phase der Sonderperiode, mit der wir Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts konfrontiert waren und die wir dank der Widerstandskraft des kubanischen Volkes und seines unbegrenzten Vertrauens in Fidel und die Partei zu überwinden verstanden. Wir leugnen nicht, dass es Beeinträchtigungen geben kann, sogar größere als die gegenwärtigen, aber wir sind vorbereitet und besser in der Lage als damals, sie umzukehren.

Angesichts der Schwierigkeiten und Bedrohungen ist kein Raum für Improvisationen und noch weniger für Defätismus. Aus einer konjunkturellen Situation wie der, mit der wir konfrontiert sind, geht man siegreich hervor, indem man mit großer Energie, Gleichmütigkeit, Rationalität und politischer Sensibilität agiert, die Koordination zwischen der Partei und der Regierung immer enger gestaltet und vor allem viel Optimismus und Vertrauen in die Gegenwart und die Zukunft der Revolution an den Tag legt.“⁶³

Ergänzend Murillo zur Lage:

⁶³ Granma internacional, August 2016, „Rede von Raul Castro während der 7. Ordentlichen Sitzungsperiode der 8. Legislaturperiode der Nationalversammlung“

„Bei der Erzeugung von Elektroenergie lag der geplante Verbrauch bei 15.310 Gigawatt, aber es werden 786 Gigawatt weniger zur Verfügung stehen, was einer Einschränkung um 6 Prozent entspricht. Vom Gesamtverbrauch an Elektrizität entfallen in Kuba 60 Prozent auf die Bevölkerung. Diese wird jedoch, wie beschlossen wurde, nicht von den Beschränkungen betroffen sein. Dem entsprechend müssen die Einschränkungen bei den restlichen 40 Prozent der Energiekonsumenten erfolgen, von denen aber jene Wirtschaftsbereiche, die die Deviseneinnahmen sicherstellen oder die Importe ersetzen, ausgeschlossen sind. ... Daraus resultierend wird die Versorgung mit Elektroenergie aller anderen Wirtschaftsbereiche global um 28 Prozent eingeschränkt, die Straßenbeleuchtung um 50 Prozent. ... In seinen klaren und verständlich strukturierten Ausführungen legte Murillo spezielles Gewicht auf die Verdeutlichung der Notwendigkeit, dass jegliche Lohnzahlungen stets von der Produktivität getragen sein müssen. Es werde einerseits einen gewissen Rückgang in der Produktion geben und andererseits eine leichte Verringerung des Durchschnittslohnes, wodurch die Relation zwischen Lohnzahlung und Produktion gewahrt bleibe. ... Bei Investitionen ist vorgesehen, dass das Ergebnis um 17 Prozent unter dem Jahresplan bleiben wird. ... Leider werde die Eigenproduktion von Lebensmitteln nicht bei allen Produkten erfüllt (Bohnen, Mais, Erbsen). Positiv zu bewerten sei die Übererfüllung der kubanischen Milchproduktion.“⁶⁴

Investitionen 17 Prozent unter dem Jahresplan. Obwohl die Privatisierung der Landwirtschaft das Heil bringen sollte auch dort keine Planerfüllung. Es mangelt an Elektroenergie, die Löhne werden sinken.

Wie wird das Ende 2016 reflektiert? Dazu Raul Castro vor der Nationalversammlung:

„Companeras und Companeros, die letzten Tage des Jahres waren wie gewöhnlich von intensiven Aktivitäten gekennzeichnet. Am vergangenen Samstag hielten wir die Sitzung des Ministerrates ab, der beschloss, der Nationalversammlung den Wirtschaftsplan und den Entwurf des

⁶⁴ Granma internacional, August 2016, „Bericht von der Ansprache von Marino Murillo Jorge, Vizepräsident des Ministerrates und Minister für Wirtschaft und Planung“ von Sheyla Delgado Guerra di Silvestrelli, Yudy Castro Morales und Lissy Rodriguez Guerrero

Staatshaushaltes für das Jahr 2017 vorzulegen, die wir am heutigen Tag analysierten.

Im Unterschied zu vorangehenden Tagungen wurde diesmal keine Auswertung des Verlaufs des Aktualisierungsprozesses des Wirtschafts- und Sozialmodells vorgenommen. Dies geschah in Anbetracht dessen, dass weiterhin am Entwurf seiner Konzeptualisierung und an den Grundlagen des Plans der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bis zum Jahr 2030 gearbeitet wird. ...

Große Bedeutung messen wir der Notwendigkeit bei, die ausländischen Investitionen in Kuba dynamischer zu gestalten, in Übereinstimmung mit der Leitlinie Nr. 78 der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei und der Revolution, die vom Siebten Parteitag beschlossen wurde. Ich gebe zu, dass wir mit diesem Bereich nicht zufrieden sind und dass es häufig zu übermäßigen Aufschieben im Verhandlungsprozess gekommen ist. Es ist erforderlich, ein für alle Mal mit der rückständigen und vorurteilsbehafteten Denkweise gegen die ausländischen Investitionen Schluss zu machen. Um entschlossen in dieser Richtung voranzukommen, müssen wir uns von unbegründeten Ängsten vor ausländischem Kapital befreien. Wir gehen nicht zum Kapitalismus über und werden das auch nicht tun, das ist vollkommen ausgeschlossen, so ist und bleibt es in unserer Verfassung verankert, aber wir dürfen uns nicht vor ihm fürchten und Hindernisse gegen das aufstellen, was wir innerhalb der gültigen Gesetze machen können. Dies erfordert in erster Hinsicht, eine systematische Vorbereitung und Befähigung der Kader und Fachleute abzusichern, die die Verhandlungen führen, sowie die gründliche Analyse der Unzulänglichkeiten und in der Vergangenheit begangenen Fehler, um diese nie wieder zu begehen. ...

Gehen wir zu einer anderen Angelegenheit über. Am heutigen Morgen (27.12.2016, F.F.) beschloss diese Nationalversammlung bis zur Beendigung der gegenwärtigen Achten Legislaturperiode im Jahre 2018 das Experiment weiter zu führen, das in den Provinzen Artemisa und Mayabeque vorgenommen wird, welches darauf gerichtet ist, die Leitung der Verwaltungsräte von den Provinz- und Gemeindeversammlungen der Volksmacht zu trennen. ...

Ebenso wurde erreicht, auf lokaler Ebene die staatlichen Funktionen von denen der Betriebe zu trennen, wobei sich in diesen Provinzen ein System von Dienstleistungsbetrieben für die Bevölkerung herausgebildet hat. All dies hat es erleichtert, die Anzahl der Funktionäre und Kader der Leitungsstrukturen in den Provinzen und Gemeinden in wesentlichen Maßen zu reduzieren. Es ist jedoch eine Reihe von Unzulänglichkeiten aufgetreten, die die wesentlichen Konzepte des Experiments zwar nicht ungültig machen, aber die Konsolidierung des in die Praxis eingeführten Verwaltungsmodells verhinderten, die für den Erfolg der späteren Verallgemeinerung im Rest des Landes erforderlich ist. Einer der aufgedeckten Hauptfaktoren ist der hohe Fluktuationsgrad der Kader auf diesen Ebenen sowie die ungenügende Komplettierung der Belegschaften, weil die Auswahl, Vorbereitung und Kontrolle des Personals unterschätzt wurden. Hinzu kommt die ungenügende Betreuung und Überwachung des Verlaufs des Experiments von Seiten der Organismen und nationalen Einrichtungen, wodurch die Umsetzung der getroffenen Entscheidungen verzögert wurde.“⁶⁵

Ich möchte nur auf zwei Aspekte eingehen:

Erstens auf das Zetern gegen die „unbegründeten Ängste vor ausländischem Kapital“ und die Aufforderung, „ein für alle Mal Schluss zu machen mit der rückständigen und vorurteilsbehafteten Denkweise gegen die ausländischen Investitionen“, gekrönt von der Aussage: „Wir gehen nicht zum Kapitalismus über“ ... weil es ausgeschlossen ist und weil es so in der Verfassung steht ..., „aber wir dürfen uns nicht vor ihm fürchten“. Bei der Kritik an der „rückständigen ... Denkweise“ bzgl. des ausländischen Kapitals befinden wir uns jetzt in durchaus großer Nähe zum „Neuen Denken“ des Herrn Gorbatschow.

Zweitens auf den unbändigen Willen, das so genannte „Experiment“, staatliche Strukturen von den Betrieben zu trennen, zum Erfolg zu führen, damit es „der späteren Verallgemeinerung im Rest des Landes“ zur Verfügung steht. Hier ist nicht jemand am Werk, der ein Experiment durchführt, was ja eine praktische Prüfung eines Verfahrens vorurteilslos und

⁶⁵ Granma internacional, Januar 2017, „Rede von Raul Castro beim Abschluss der 8. Ordentlichen Sitzungsperiode der Nationalversammlung“

mit offenem Ausgang ist, sondern hier ist jemand am Werk, der etwas durchsetzen will.

b) Zusammenfassung der Ergebnisse

Das Resultat der obigen Untersuchung ist furchtbar. Wir finden alle typischen Merkmale des Rückbaus der Planwirtschaft: Privatisierung von Teilen der Wirtschaft, Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, darauf folgend Entwertung der Planung durch ihre Dezentralisierung und „Flexibilisierung“, so dass die Planung nicht mehr verbindlich ist, sondern nur noch eine Art Empfehlung bzw. Prognose darstellt. Durch die Teilprivatisierung der Wirtschaft werden ein Teil der Produktionsmittel wieder zu Privateigentum und zu Handelswaren, das erfordert die Vergrößerung des Kreditwesens, - und das alles zusammen führt zur Ausweitung der Warenzirkulation, was die Freigabe der Preise einschließt. Das Wertgesetz herrscht fast uneingeschränkt.

Der Gewinn wird die ökonomische Kennziffer für die Staatsbetriebe, die Staatsbetriebe dürfen einen Teil (50%) der erwirtschafteten Gewinnen behalten zwecks Selbsterwirtschaftung der Investitionen oder zur Ausschüttung. Damit erlahmt die Investitionstätigkeit, denn erstens sind die bei den Betrieben verbleibenden Gewinnanteile nicht immer ausreichend für innovative Investitionen und zweitens werden die Gewinnanteile auch gern privat angeeignet (was ja ausdrücklich erlaubt ist).

Der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und deren teilweise Privatisierung heben das Außenwirtschaftsmonopol des Staates auf – siehe Mariel in Kuba.

Das Ganze wird als „Vervollkommnung“ unseres „sozialistischen Wirtschaftsmodells“ verkauft und oft und viel von Harmonie und Einheit gesprochen (siehe Raul Castro, aber auch die chinesische Führung)

Aber die Gesellschaft zerfällt Schritt für Schritt in Einzelinteressen, denn es entsteht auf der einen Seite eine neue Klein- und Mittelbourgeoisie, die entsprechend ihres Klasseninteresses weitere „Liberalisierungen“, „Entbürokratisierungen“ usw. fordern wird, auf der anderen Seite ein Anteil der Arbeiterklasse, der sich in prekärer Beschäftigung oder in Arbeitslosigkeit wiederfindet (die Arbeitslosigkeit soll in Kuba zur Zeit bei 1,8 % liegen, wobei die offizielle Lesart aussagt, dass dies Personen sind, die nicht arbeiten

wollen, weil sie andere Einkünfte haben wie Zuwendungen von Familienmitgliedern).

Jetzt Prognosen abzugeben ist selbstverständlich schwierig, die bisherigen Erfahrungen mit einem solchen wirtschaftspolitischen Kurs im Sozialismus zeigen zwei Resultate: die eine Entwicklungsrichtung führte zur annähernden Selbstaufgabe, zur Anlehnung und Öffnung gegenüber dem Imperialismus und schließlich zur offenen Konterrevolution, wie es in der Sowjetunion und in den sozialistischen Ländern Osteuropas geschah. Die andere Entwicklungsrichtung führte zu einer historisch völlig neuen Art der Konterrevolution, nämlich zur Überführung der sozialistischen Ökonomie in eine kapitalistische mittels der Partei, die ehemals eine kommunistische war und heute noch so heißt. So geschehen in China. Eine Entwicklungsrichtung, die zur Stärkung des Sozialismus geführt hätte, ist bisher nicht überliefert.

Nach all dem bleibt mir nichts anderes, als zu sagen, dass ich für Kuba Schlimmstes befürchte.

Blick auf die so genannte „Aktualisierung des kubanischen Wirtschaftsmodells“ heute, November 2020

Die Grundzüge der Wirtschaftsreform

„Cuba heute“ hat am 15. Oktober 2020 einen Artikel von „Cubadebate“ mit dem Titel „Regierung stellt Masterplan für Währungsreform vor“ veröffentlicht, der einen zwar knappen, aber klaren Überblick über die Wirtschaftsreformen beinhaltet: *„Mit der Dezentralisierung der Betriebe (gemeint sind die staatlichen Betriebe) soll sich der Staat aus deren Mikromanagement zurückziehen. Sie sollen in die Lage versetzt werden, eigenständige betriebswirtschaftliche Entscheidungen zu treffen, über ihre Finanzen selbst verfügen und öffentlich-private Partnerschaften mit dem nicht-staatlichen Sektor eingehen können. Die Planung der Wirtschaft wird beibehalten, sich jedoch auf die strategischen Ziele der Volkswirtschaft konzentrieren. Plankennziffern und zentrale Vorgaben sollen schrittweise reduziert werden.*

Für den Privatsektor steht eine Steuersenkung bevor, die unter anderem eine deutliche Anhebung des Steuerfreibetrages (Hervorhebungen wie im

Original), auch für Einkommen aus staatlichen Löhnen, vorsieht. Zudem können sich private Betriebe künftig in sämtlichen Branchen konstituieren, mittelfristig sollen kleine und mittlere Unternehmen als eigene Rechtsform im Staats- und Privatsektor entstehen.“

Das sagt schon sehr viel aus. Aber lasst uns die Dinge etwas genauer anschauen. Dazu sollen jetzt die folgenden Unterthemen behandelt werden: Der staatliche Sektor der Wirtschaft, der private Sektor der Wirtschaft, die „Libreta“, Außenhandel und ausländische Investitionen, dann die Währungsreform und schließlich die publizistische Verpackung des Ganzen und die Frage, ob es Anzeichen für Auseinandersetzungen und Widerstand gibt.

Der staatliche Sektor der Wirtschaft

„Im Rahmen der Reform der Planwirtschaft sollen die staatlichen Unternehmen auf Kuba künftig stärker autonom wirtschaften und `ohne Zwangsjacke´ betriebliche Entscheidungen treffen dürfen, um so z.B. neue Produkte über den Plan hinaus einzuführen. Bereits seit 2015 verbleiben die Hälfte statt früher 30 Prozent der Gewinne im Betrieb.“⁶⁶

„Anders als bisher soll der Plan von der Basis auf Ebene der Betriebe erarbeitet werden, anstatt Direktiven „von oben nach unten“ abzuarbeiten. Dabei wird auf die Eigeninitiative der Belegschaften gesetzt, selbstständig wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen, neue Verträge mit anderen Betrieben (staatlich oder nicht-staatlich) einzugehen und so neue Wertschöpfungsketten zu bilden. Dafür bleiben Teile der Devisen im Betrieb und können entsprechend für Investitionen in neue Anlagen, Erweiterung der Produktpalette, Lohnstimuli etc. genutzt werden. Die zentral vorgegebenen Plandirektiven werden von 5 auf 2 reduziert.“ ... „Es werden neue Finanzinstitutionen geschaffen, die Kapital für Unternehmen bereitstellen, um neue Produktionen und Wertschöpfungsketten zu schaffen. ... Bisher mussten alle Kredite zentral gebilligt werden. Ab 2020 gilt: Benötigt ein Unternehmen Finanzmittel, um Exportprodukte und Produkte mit Deviseneinnahmen zu produzieren, werden diese ohne Zustimmung der zentralen Ebene nach einer Evaluation durch die Bank genehmigt. Das eröffnet der sozialistischen

⁶⁶ cubaheute.de, Kuba öffnet Außenhandel für Privatsektor, 19. Juli 2019

*Staatsfirma neue Möglichkeiten der Entwicklung. Die Betriebe dürfen 50 Prozent ihrer Deviseneinnahmen behalten. ... Unternehmen dürfen künftig eigenständig über Importe entscheiden. Die Unternehmen legen ihre eigenen Lohnskalen und unternehmerischen Ziele fest, der Lohn soll möglichst individuell auf die Leistung jedes einzelnen Arbeiters passen.*⁶⁷

Im Rahmen der neuen Wirtschaftsstrategie, die Präsident Díaz-Canel angekündigt hatte, *„werden private Betriebe eine größere Rolle in der Wirtschaft einnehmen, der Staatssektor soll entbürokratisiert werden und größere Autonomie erhalten, wozu auch die Ausgestaltung eigener Lohnsysteme gehört. Staats- und Privatwirtschaft sollen in die Lage versetzt werden, untereinander und mit ausländischen Investoren neue Wertschöpfungsketten für den Export zu bilden.*“⁶⁸

„Kubas Wirtschaftsministerium hat 15 neue Maßnahmen beschlossen, mit denen die staatlichen Unternehmen des Landes größere Autonomie erhalten sollen. So dürfen Staatsbetriebe künftig selbstständig über ihre Finanzen verfügen, zudem entfallen Beschränkungen bei der Zahlung von Prämien. ... Sie dürfen künftig Prämien und Bonuszahlungen jenseits der bisherigen Obergrenze von fünf Monatsgehältern tätigen.“⁶⁹

*„Reform der Staatsbetriebe: staatliche Unternehmen werden künftig weitreichende Autonomie über betriebswirtschaftliche Entscheidungen (z.B. Löhne oder Vermarktung ihrer Produkte) erhalten. Dabei sollen die Unternehmen von ihren politisch auferlegten sozialen Zielvorgaben (z.B. Gratisleistungen und unbezahlte Aufträge) entbunden werden und dürfen sich in zusätzlichen Geschäftsfeldern betätigen. Der Staatssektor soll laut Gil (Alejandro Gil ist kubanischer Wirtschaftsminister) `redimensioniert´ und in neuem Verhältnis zum Privatsektor ausgerichtet werden. Dabei wird die Ressourcenzuteilung nicht mehr administrativ, sondern dezentral über den Markt erfolgen.*⁷⁰

⁶⁷ cubaheute.de/2019/07/17/dc-reformen-details, 17. Juli 2019

⁶⁸ amerika21.de/kuba-neuerungen-arbeitsmarkt, 9. August 2020

⁶⁹ amerika21.de/staatssektor-dezentralisierung, 10. Oktober 2020

⁷⁰ cubaheute.de/dc-neues-wirtschaftsmodell#more

Neu gegenüber der Situation 2016 ist, dass die staatlichen Betriebe sich nun wie ganz normale kapitalistische Unternehmen verhalten dürfen bzw. sollen bzw. müssen. Eigenständig über Investitionen entscheiden, eigenständig entscheiden über die Produktpalette. (Also wird nur das produziert, was viel Gewinn abwirft.) Und ob mit den Maßnahmen die Investitionsbereitschaft gestärkt wird, sei dahingestellt: der Betrieb bekommt auch Selbstständigkeit in den Bonus- und Prämienzahlungen. Nicht nur Inlandsgewinne bleiben zu 50% im Betrieb, sondern auch Devisen. Das wird ein kaum zu bewältigendes Währungsproblem erzeugen. Manch ein Betrieb wird nicht mehr für Pesos, sondern nur noch für US-Dollar liefern wollen. Eigenständiger Außenhandel, eigenständige Kreditaufnahme, eigenständige Lohnentwicklung – da kann man schon jetzt vermuten, dass in absehbarer Zeit Anteilsscheine an den staatlichen Betrieben ausgegeben werden – im Kapitalismus nennt man die auch Aktien. Aber es wird auch einige Staatsbetriebe in den Ruin treiben: Ressourcenzuteilung über den Markt, eigenständige Entwicklung neuer Produkte (also auch „Marktforschung“ im Staatsbetrieb, Ende jeder konkreten Planung, da werden fatale Fehler geschehen und einige (ehemalige) Staatsbetriebe auf der Strecke bleiben.

Der private Sektor der Wirtschaft

Im November 2019 wurden weitere Öffnungen für den Privatsektor der kubanischen Wirtschaft verkündet. *Mit den neuen Maßnahmen soll „die Arbeit auf eigene Rechnung weiter perfektioniert werden“, hieß es bei einer Pressekonferenz des Arbeitsministeriums in Havanna. Dabei wurden zahlreiche weitere Neuerungen verkündet. So kommen auch die Herstellung und der Verkauf von Lebensmitteln, z.B. in Konservenform, als neue Berufskategorie für den Privatsektor hinzu. ... Steuersenkungen und Vereinfachungen im Abgabensystem sind ein weiterer Teil der Maßnahmen, mit denen Kubas Regierung den Privatsektor angesichts der Wirtschaftskrise weiter fördern will. Dazu gehört auch, dass Privatbetriebe einfacher mit dem Staatssektor interagieren können. ... Umgekehrt können Staatsbetriebe private Firmen unter Vertrag nehmen. ... Kubas Privatsektor zählt nach*

Angaben vom November 2019 617.000 Personen, rund 12 Prozent der Beschäftigten des Landes sind inzwischen dort tätig.“⁷¹

Im Juli 2020 meldete „Cuba heute“: „Von den 4,5 Millionen Beschäftigten auf Kuba arbeiten derzeit 32 Prozent im nicht-staatlichen Sektor. 632.000 von ihnen, rund 14 Prozent, halten eine Lizenz als `Arbeiter auf eigene Rechnung‘“.“⁷²

„Im Rahmen der neuen Wirtschaftsstrategie hat das Ministerium für Arbeit und soziale Sicherheit in Kuba Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt angekündigt. So soll die Liste der 123 erlaubten Berufskategorien für den Privatsektor entfallen. Stattdessen werden Geschäftsanmeldungen jetzt prinzipiell in allen Branchen möglich sein und über ein vereinfachtes Verfahren laufen.““⁷³

Der Privatsektor hat sich inzwischen zu einem riesengroßen Teil der kubanischen Wirtschaft entwickelt. *„Von den 4,5 Millionen Beschäftigten auf Kuba arbeiten derzeit 32 Prozent im nicht-staatlichen Sektor.“* Also ein Drittel. Und ab jetzt sind Geschäftsanmeldungen in jeder Branche möglich. Da wird der Privatsektor nochmals ordentlich wachsen.

Der Außenhandel und die ausländischen Investitionen

„Am selben Tag (18. Juli 2020) kündigte die Regierung ein umfassendes Reformpaket an, mit dem die Wirtschaft der Insel wieder in Gang gebracht werden soll. So soll der staatliche Außenhandel dezentralisiert und mehr Entscheidungskompetenz auf die Ebene der Unternehmen verlagert werden. ... So sollen Staatsbetriebe künftig neue Lizenzen für die eigenständige Abwicklung von Geschäften im Ausland erhalten. ... Darüber hinaus werden Privatbetriebe erstmals Waren exportieren und mit ausländischen Investoren zusammenarbeiten können“, so dass sie *„erstmal am Außenhandel*

⁷¹ amerika21.de/weitere-oeffnung-privatsektor-kuba, 15. November 2019

⁷² cubaheute.de/grossmarkt-privatsektor-neues-modell-gastro#more, 25. Juli 2020

⁷³ amerika21.de/kuba-neuerungen.arbeitsmarkt, 09. August 2020

*teilnehmen dürfen. Sowohl Kooperativen außerhalb der Landwirtschaft als auch selbstständig Beschäftigte werden ihre Waren über spezialisierte Staatsbetriebe ins Ausland absetzen können. Letztere sollen künftig eine eigene Rechtsform erhalten, was auf eine baldige Umsetzung der bereits 2017 beschlossenen Reform des Privatsektors deutet. Diese sieht die Bildung von kleinen und mittleren Privatbetrieben als eigenständige Rechtspersönlichkeiten im Rahmen des neuen Sozialismus-Modells des Landes vor.*⁷⁴

*„Joint-Ventures und 100 Prozent ausländische Firmen dürfen künftig mit dem Privatsektor zusammenarbeiten, sollen so neue Wertschöpfungsketten für den Export bilden. Seit Anfang des Jahres ist es allen Staatsbetrieben erlaubt, mit den Firmen in der Sonderwirtschaftszone Mariel zu kooperieren.*⁷⁵

Der Agrarsektor schien bisher vom eigenständigen Export ausgeschlossen zu sein, hier aber wird explizit erklärt: *„Agrar-Kooperativen können ihre Produkte Firmen in der Sonderwirtschaftszone von Mariel gegen Dollar verkaufen und dürfen 80 Prozent der Gewinne behalten.*⁷⁶

Rodrigo Malmierca, Kubas Minister für Außenhandel und ausländische Investitionen stellte des weiteren klar, *„dass Investitionen von Auslandskubanern explizit erwünscht sind.*⁷⁷

„Auf Kuba ist am Donnerstag, 17.9.2020, ein neues Gesetz in Kraft getreten, welches die Genehmigung für ausländische Direktinvestitionen deutlich vereinfacht. ... Mit dem neuen Genehmigungsverfahren sollen ausländische Investitionen auf Kuba künftig unbürokratischer bewilligt werden. ... Die Etablierung des

⁷⁴ cubaheute.de. Kuba öffnet Außenhandel für Privatsektor, 19. Juli 2020

⁷⁵ ebenda

⁷⁶ cubaheute.de/dc-neues-wirtschaftsmodell/#more, 17. Juli 2020

⁷⁷ cubaheute.de. Kuba öffnet Außenhandel für Privatsektor, 19. Juli 2020

neuen Verfahrens wurde von der Europäischen Union mit vier Millionen Euro finanziell gefördert.“⁷⁸

Und in diesem Zusammenhang baut die Regierung bereits seit vergangenem Oktober *„ein neues Handelsnetz für private Importe in US-Dollar und anderen Devisen auf, welches jetzt um einen entsprechenden Gegenpart für den Export ergänzt wird.*“⁷⁹

Das Außenhandelsmonopol des Staates war ja mit der Sonderwirtschaftszone Mariel bereits aufgeweicht worden, es ging sehr schnell, dass sich dort auch kubanische Firmen ansiedeln durften und sie damit das Monopol umgehen konnten, nun ist alles geschliffen, Außenhandel in Eigenregie ist für alle Wirtschaftssubjekte möglich. Ein hübsches Beispiel für das, was dort passiert, ist der Beschluss, dass *„Agrar-Kooperativen ... ihre Produkte Firmen in der Sonderwirtschaftszone von Mariel gegen Dollar verkaufen und ...80 Prozent der Gewinne behalten“*⁸⁰ dürfen. Das wird das Problem, dass Kuba rund 80% seiner Lebensmittel importieren muss, sicherlich nicht lösen. Investitionen werden nun direkt getätigt, die Währungen sind freigegeben, vom staatlichen Plan und einer gesamtwirtschaftlichen Steuerung ist nichts mehr übrig.

Die Währungsreform

Das alles funktioniert natürlich nur mit einer kapitalismustauglichen Währung. Im Sozialismus ist die Währung ein Zuwendungsmaß für Gebrauchswerte. Die Preise der Güter drücken im Normalfall nicht den „Wert“ dieser Güter aus⁸¹, das Geld fungiert nicht als kristallisierter Wert. Ein solches „sozialistisches“ Geld taugt nicht als Grundlage für die Verwandlung von Geld in Kapital. *„Es ist nicht möglich, bei der*

⁷⁸ cubaheute.de/kuba-vereinfacht-investitionen, 18. September 2020

⁷⁹ cubaheute.de/Kuba öffnet Außenhandel für Privatsektor, 19. Juli 2020

⁸⁰ cubaheute.de/dc-neues-wirtschaftsmodell/#more, 17. Juli 2020

⁸¹ Das wird von den marktwirtschaftlichen Reformern des Sozialismus regelmäßig als *„Verzerrungen im Bereich Subventionen und Preisen“* bezeichnet.

wirtschaftlichen Umwandlung weiter voranzukommen, wenn man diese Währungsordnung nicht durchführt“⁸²

Deshalb geht Cuba nun auch zügig die Währungsreform an. In Cuba zirkulieren zur Zeit drei Währungen, der CUC, der CUP und der US-Dollar. Durch die Einrichtung von Dollar- bzw. Devisenläden will die Regierung versuchen, den als Bargeld in Cuba zirkulierenden US-Dollar und auch andere Devisen abzuschöpfen. Und die beiden Peso-Arten sollen so, wie sie sind, verschwinden. Der CUC, der konvertible Peso, soll im Verlaufe eines halben Jahres aus der Zirkulation genommen werden, der CUP, die traditionelle kubanische Währung, soll zu einer einheitlichen, als Wertmaß fungierenden, konvertiblen Währung werden.

“Wir müssen in der Lage sein, im Einklang mit der Vereinheitlichung des Währungssystems die bestehenden Verzerrungen im Bereich Subventionen, Preisen und Vorleistungs- und Endkundenentgelte und als logische Folge der Pensionen und Löhne im staatlichen Sektor zu überwinden.“⁸³ So weit Gil Fernandez. Murillo nannte zusätzlich einige spezifische Probleme: *„Deformation bei der Preisbildung (dadurch war es nicht möglich, dass klare Signale des Marktes die Produzenten erreichten) – Effizienzprobleme im Unternehmenssystem – Probleme bei den Anreizen für Exporteure. ... Das alles stellt eine große Last für die Institutionen dar. Vor allem die „Subventionen“, die „Deformationen bei der Preisbildung“, aber auch garantierte Löhne stellten Probleme dar, die „die nationale Währung daran hindern, die Funktionen des Geldes zu erhalten.*“⁸⁴

⁸² Murillo Jorge, Leiter der Kommission zur Umsetzung der Leitlinien, zitiert nach: granma.cu/cuba, währungsordnung-unerlasslicher-prozess-fur-die-umwandlung-der-kubanischen-wirtschaft, 14. Oktober 2020

⁸³ Gil Fernandez, cubanischer Wirtschaftsminister, zitiert nach: granma.cu/cuba, währungsordnung-unerlasslicher-prozess-fur-die-umwandlung-der-kubanischen-wirtschaft, 14. Oktober 2020

⁸⁴ Murillo Jorge, siehe oben

Wenn Geld zu Kapital verwandelt werden soll, müssen die Preise der produzierten Waren zumindest in ihrem Durchschnitt den Werten dieser Waren entsprechen. Billige, weil subventionierte Grundnahrungsmittel sind dann „*Verzerrungen im Bereich Subventionen, Preisen*“. Dem entsprechend muss auch die *Libreta* weg. Daran ist noch nicht einmal irgendwas menschlich böseartig. Es herrscht ganz einfach nur das Wertgesetz.

Die „*Libreta*“⁸⁵

⁸⁵ Das *Libreta*-Verteilungssystem wurde am 12. März 1962 eingerichtet. Dieses System legt fest, in welcher Menge und wie oft bestimmte Dinge pro Person gekauft werden dürfen. Die Produkte, die in das *Libreta*-System einbezogen sind, variieren abhängig von Alter und Geschlecht. So erhalten zum Beispiel Kinder unter sieben Jahren einen Liter Milch pro Tag, genauso wie ältere, kranke oder schwangere Frauen. Auch Personen über 65 sind berechtigt, andere Zuteilungen zu erhalten. Für Spezialkost muss ein ärztliches Attest vorgelegt werden, das die Gesundheitsprobleme bestätigt und angibt, welche Produkte deswegen benötigt werden.

Eine Regierungsbehörde, die *OFICODA*, die speziell für diese Aufgabe geschaffen wurde, verteilt die *Libreta* einmal jährlich an alle Einwohner in Form eines kleinen

„`Der Abbau der Libreta wird allmählich sein müssen`, antwortete der Leiter der Kommission zur Umsetzung der Leitlinien, Marino Murillo Jorge, in der Sendung *Mesa Redonda* auf die Frage, was mit diesem kubanischen Mechanismus der Verteilung von Produkten in großem Maßstab geschehe. `Eine Reihe von nicht subventionierten Produkten auf der Libreta zu lassen, sei bereits ein Schritt nach vorne`, sagte Murillo.

Am 8. Oktober wies Präsident Díaz Canel darauf hin, dass in einer ersten Phase man die Libreta als Mechanismus beibehalten werde, der angesichts des Versorgungsdefizits den Zugang der Bürger zu grundlegenden Produkten sichere und sie vor dem Horten und der Spekulation schütze. `Später, wenn unsere Märkte sich in einer anderen Situation befinden und eine Reihe von Wirtschafts- und Finanzbeziehungen sich vorwärts bewegen, werden wir uns so weiterentwickeln müssen, dass die Libreta abgeschafft werden kann, sagte er.

In der Sendung sagte Marino Murillo, dass dieser Mechanismus der normierten Verteilung von Produkten äußerst kostspielig sei. Er räumte jedoch ein, dass man zugeben müsse, dass die Libreta als Verteilungsmechanismus angesichts von Mangel und Knappheit eine große Effizienz bewiesen habe. ... `Die Libreta funktioniert als Verteilungsmechanismus und uns scheint jetzt die Zeit gekommen, sie verschwinden zu lassen.`⁸⁶

Aber: „`Das Problem liegt darin, wie, wann und mit welchen Schritten wir dieses Verteilungsinstrument beseitigen werden, das 11 Millionen Kubanern hochsubventionierte Grundnahrungsmittel zur Verfügung gestellt hat,` sagte Raúl, der einräumte, dass es eine große Debatte unter denen gegeben habe, die vorschlugen, sie sofort abzuschaffen, denen, die dagegen sind und denen,

Heftes. Man kann diese Waren nur in den für das jeweilige Wohngebiet zuständigen *Bodegas* beziehen.

Waren über das Libreta-System werden zu subventionierten Preisen angeboten. Diese sind seit der Einführung mehr oder weniger stabil geblieben. Für jeden Monat gibt es eine Seite, auf der vom Verkäufer notiert wird, welche Produkte in welcher Menge bezogen wurden. Die *Libreta* muss bei jedem diesbezüglichen Einkauf vorgezeigt werden.

⁸⁶ granma.cu/der-abbau-der-libreta-wird-allmahlich-sein-erklart-marino-murillo

*die die Meinung vertreten, dass diejenigen, die weder studieren noch arbeiten, keinen Zugang dazu haben sollten.*⁸⁷

Und zum Abschluss dieses Themas nochmal Wirtschaftsminister Gil Fernandez: **„Wir müssen davon weg kommen, dass Leute ihr Einkommen über die Libreta oder durch Subventionen bestreiten. Künftig wird es sehr schwierig sein in Kuba zu leben, ohne zu arbeiten.** (Hervorhebung: F.F.)“⁸⁸

Warum die Libreta weg muss, ist klar: So etwas verträgt sich nicht mit einer „Marktwirtschaft“. Interessant ist eine Äußerung des Wirtschaftsministers: Leute bestreiten nach seinen Worten ihren Lebensunterhalt über die Libreta und die Subventionen, und das soll das Problem sein. Dass mit der neu geschaffenen Kapitalistenklasse jede Menge Leute da sind – und es werden zunächst auch noch mehr werden⁸⁹ – die nicht über die Libreta und die Subventionen „ihr Einkommen bestreiten“⁹⁰, sondern über die Aneignung fremder Arbeit, was man auch Ausbeutung nennt, ist für den Wirtschaftsminister kein Problem. Den kleinen Leuten aber droht er: „Künftig wird es sehr schwierig sein in Kuba zu leben, ohne zu arbeiten.“ Das hat im Tonfall was von unseren Bourgeois-Politikern, wenn sie über Fördern und Fordern bei Hartz4 philosophieren.

Die Anzeichen für Widerstand

Es wäre verwunderlich, wenn ein solches Schleifen der Planwirtschaft zugunsten des Übergangs zur Marktwirtschaft, also zum Kapitalismus, der den Gorbatschowschen Plänen gleicht wie ein Ei dem anderen, nicht auch Widerstand hervorrufen würde. Es wird leider wenig darüber bekannt, aber aus einigen Äußerungen der Regierungsvertreter kann man Rückschlüsse ziehen.

⁸⁷ ebenda

⁸⁸ Cubaheute.de/regierung-stellt-masterplan-für-währungsreform-vor, 15.Okt. 2020

⁸⁹ Das wird jetzt und noch ein paar Jahre lang so sein, also in der Gründerphase. Danach ist auf den Kapitalismus selbstverständlich Verlass, und über die Konzentration und Zentralisation des Kapitals werden sehr viele aktuell zu Kleinbürgern aufgestiegene Kubaner im Elend landen.

⁹⁰ ...was sowieso eine Lüge ist, denn die Menschen bekommen ja über die Libreta kein Einkommen, sondern nur günstige Grundlebensmittel, die sie aber bezahlen müssen

Aus der Zusammenfassung der Rede von Díaz-Canel am 8. Juli 2019 vor dem cubanischen Parlament: *„In Bezug auf die kommenden Reformen gelte es jetzt, eine ‚ganzheitliche und kritische Analyse über das, was schlecht läuft oder gar nicht läuft, voranzutreiben‘ und von den Kadern eine ‚proaktive, intelligente, engagierte und kollektive Haltung einzufordern‘. ... Als große Probleme bei der Steuerung der Wirtschaft identifizierte Díaz-Canel unter anderem ... die unzureichende Verkettung der heimischen Industrie mit Joint-Venture-Betrieben und den Unternehmen der Sonderwirtschaftszone Mariel ... und die Geringschätzung der Rolle des Privatsektors bei der Bildung neuer Wertschöpfungsketten. ‚Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, die sich unserer Wirtschaft bieten. Seien sie im staatlichen Industriesektor, im haushaltsfinanzierten Sektor oder im Privatsektor – und wir müssen die Knoten durchschneiden, die sie hemmen.‘ In der Rede kritisierte der Präsident auch Widerstände in den eigenen Reihen (Hervorhebung im Original), aus denen offenbar der Vorwurf kam, er würde seine Kompetenzen überschreiten und zu viel verlangen. ‚Ich frage mich, welche Aufgabe in einem Land wie Kuba, angesichts des Beispiels von Fidel und Raúl, nicht die eines Präsidenten sein könnte‘, entgegnete Díaz-Canel...“⁹¹ Und er sagt: *„Wir haben Schritte unternommen, um administrative Mechanismen durch wirtschaftlich-finanzielle zu ersetzen. Wir haben jedoch noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft und sind immer noch langsam...“*⁹² Und dann wird Díaz-Canel sehr klar, als er erklärte, *‘dass es keinerlei Vorurteile gegen den Privatsektor‘* geben dürfe: *‘Der Privatsektor ist Teil unseres Modells und sie sind Kubaner wie wir alle.’*⁹³ An anderer Stelle betonte der kubanische Wirtschaftsminister Gil Hernandez: *„Ob staatlich oder nicht: wir sind eins, wir sind Kuba.“*⁹⁴*

Beim Treffen des kubanischen Ökonomenverband ANEC im Dezember 2019 *„kritisierte der Präsident das langsame Tempo bei der Umsetzung der 2011 angestoßenen Wirtschaftsreformen. Bisher würden die staatlichen Unternehmen kaum von den neuen Möglichkeiten Gebrauch machen, die im*

⁹¹ cubaheute.de/dc-reformen-details, 17. Juli 2019

⁹² Granma.cu/diaz-canel-das-sozialistische-staatsunternehmen-muss-den-ihm-zustehenden-platz-einnehmen, 21. November 2019

⁹³ ebenda

⁹⁴ cubaheute.de/neues-wirtschaftsmodell/#more

Zuge einer umfangreichen Reform der Planwirtschaft in diesem Jahr implementiert wurden. Hierzu zähle beispielsweise die Verzahnung mit dem Privatsektor, um neue Wertschöpfungsketten⁹⁵ zu schaffen oder die Förderung von Eigeninitiative. `Die sozialistischen Staatsbetriebe müssen endlich als echte Unternehmen agieren`, mahnte der 59-Jährige.“ Weiter sagte er, dass „die in der neuen Verfassung verankerten Konzepte“ möglichst schnell umgesetzt werden müssten. „Auf wirtschaftlichem Gebiet zählten hierzu neben der Anerkennung des Marktes auch die Einführung von kleinen und mittleren privaten Unternehmen. In dem Meeting kündigte Canel an, künftig Ökonomen in allen wichtigen Institutionen und Schnittstellen des Staates als Berater beteiligen zu wollen.“⁹⁶ Einen Monat später, im Januar 2020, forderte Canel „ein Arbeitsministerium ohne Hindernisse und Bremsklötze“.⁹⁷ Das Arbeitsministerium hat verlauten lassen, dass es verstärkt daran arbeite, die Hemmnisse aus dem Weg zu räumen.

Bei allem hinhaltenden Widerstand, es gibt keine Chance mehr. Der Revisionismus hat den Staats- und Parteiapparat besetzt. Einige Staatsbetriebe, die die Reformen nicht mitmachen wollen, stürzen weder Minister noch Präsidenten. Und eine solche Aktion wäre auch vollkommen aussichtslos, denn in dem Chaos, was dann ausbrechen würde, wäre sowieso nur der US-Imperialismus der Sieger.

Ein anderes Thema: Selbstverständlich bedarf es der Tarnung. So hieß es in einem Artikel in der „jungen Welt“ über die aktuellen Maßnahmen in Kuba: „Das wichtigste Ziel aller Maßnahmen bestehe darin, der US-Blockade ein erfolgreiches Modell entgegenzusetzen und `das sozialistische Ideal als einzig bekannten Weg zum Wohlstand mit sozialer Gerechtigkeit zu legitimieren`, ...“ Und in der Informationsbroschüre des kubanischen Wirtschaftsministeriums, in der Kernpunkte des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach der Corona-Krise zusammengefasst sind, heißt es, dass die neue Strategie auf den „grundlegenden Prinzipien der Funktionsweise

⁹⁵ „Wertschöpfungsketten“ scheint eins der Lieblingsworte des kubanischen Präsidenten zu sein. Es hat mit Sozialismus allerdings nicht viel zu tun, siehe Stalin über das Wertgesetz.

⁹⁶ cubaheute.de, Diaz Canel ruft zur Entfesselung der Produktivkräfte auf, 17.12.2019

⁹⁷ Zitiert nach: amerika21.de/kuba-neuerungen-arbeitsmarkt, 9. August 2020

unseres Wirtschaftsmodells“ beruhen, die „den sozialistischen Charakter unserer Ökonomie garantieren.“⁹⁸

Die gerade dargestellten Maßnahmen des kubanischen “Wirtschaftsmodell“ als Garantien für den sozialistischen Charakter der kubanischen Ökonomie zu bezeichnen grenzt schon an Hohn. Aber diesen Nebelvorhang kennen wir. Gorbatschow hatte stets Lenin-Zitate dabei und stellte sich als der Wiederhersteller der Leninschen Parteinormen und Vertreter Leninscher Gedanken dar, tat aber genau das Gegenteil.

Schlussfolgerungen

Die Maßnahmen der Wirtschaftsreformen in Kuba gleichen denen Gorbatschows wie eine schlechte Kopie. Das Tempo nimmt zur Zeit zu. Die Planwirtschaft ist inzwischen so gut wie abgeschafft, das Wertgesetz wird zum Regulator der Produktion ausgerufen und die kubanische Regierung ergreift alle Maßnahmen, um das durchzusetzen.

30 Jahre nach der Konterrevolution in Europa in einem sozialistischen Land die Maßnahmen zu kopieren, die den Sozialismus in Europa sturmreif geschossen haben, kann weder Dummheit noch Zufall sein. Es müssen Konterrevolutionäre am Werk sein, und sie kommen nicht als Invasoren mit Waffengewalt von außen, sondern sind groß geworden im Innern, in der Partei. Trotzdem haben sie Namen, Anschrift und Gesicht. Ich nenne jetzt nur drei. Natürlich können diese drei das nicht allein bewerkstelligt haben, sondern nur mit vielen Helfershelfern, aber diese drei haben Schlüsselpositionen besetzt: Marino Murillo Jorge, Leiter der Kommission zur Umsetzung der Leitlinien (der Wirtschaftsreformen, d.Red.), Alejandro Gil Fernandez, Wirtschaftsminister und Miguel Díaz-Canel, Präsident Kubas. Da ist eine ähnliche Führungsmannschaft am Werk wie sie Gorbatschow, Schewardnadse, Petrakow und viele andere in der Sowjetunion waren.

In Kuba wird gerade der Sozialismus beerdigt.

Der moderne Revisionismus ist der Todfeind des Sozialismus.. Man muss es sich immer wieder vor Augen führen: Der Imperialismus hat es trotz aller Anstrengungen nicht vermocht, das sozialistische Weltsystem im direkten

⁹⁸ Junge Welt, 29.10.2020, Volker Hermsdorf: Erfolgreiches Gegenmodell

Anlauf, mittels Konfrontation und Krieg, zu zerstören. Aber er hat es vermocht mittels innerer Aufweichung.

Wir waren schon unglaublich weit: Die Sowjetunion war entstanden, hatte sich entwickelt, hatte den Überfall des faschistischen Deutschlands überlebt und den Sieg im Zweiten Weltkrieg errungen, die osteuropäischen sozialistischen Staaten waren entstanden, darunter die DDR, der sozialistische deutsche Staat, gleichzeitig siegte in China die Revolution, dann Korea, Kuba, Vietnam ...

Aber der moderne Revisionismus sorgte für Illusionen in den Imperialismus und verhinderte die ökonomische Integration der sozialistischen Staaten – man muss es immer wieder sagen: alle Klimazonen, annähernd alle Rohstoffe, ein Drittel der Welt! Was wäre da möglich gewesen! Warum gab es keine ökonomische Integration? Wieso waren die Beschlüsse des RGW nicht bindend, hatten sie keine Gesetzeskraft? Manche Staaten des RGW kamen ja so in den Schraubstock des Westhandels, dass sie, um Devisen zu erwirtschaften, lieber die Verträge mit den sozialistischen Bruderstaaten brachen, als auf eine Lieferung in den Westen (also auf Devisen) zu verzichten. Die Frage, der wir nachgehen müssen ist: Wie kommt ein sozialistischer Staat in solch eine Situation?

Die DDR musste Erdöl auf dem kapitalistischen Weltmarkt kaufen, weil die Sowjetunion die Lieferungen kürzte. Wieso kürzte die Sowjetunion diese Lieferungen? In der Sowjetunion gab es ausreichend Erdöl. Konnten sie dort nicht genug fördern, oder wollte die Sowjetunion lieber Dollar und D-Mark einnehmen? Nach Chruschtschows Landwirtschaftsreformen musste die Sowjetunion Weizen ausgerechnet aus den USA und Canada einführen. Wieso kehrte man nicht sofort zur Landwirtschaftspolitik Stalins zurück?

Es waren Kräfte am Werk, die den Sozialismus zerstörten. Wie sind sie in leitende Positionen gekommen?

Mir scheint die ökonomische Zersetzung das zentrale Problem zu sein, aus der dann die Vorstellung einer „fairen Partnerschaft“ mit den imperialistischen Ländern folgte. Und mir scheint der Prozess, wie der moderne Revisionismus entsteht und vor allem, wie er sich in die Partei einschleicht und die Planwirtschaft zersetzt, noch nicht ausreichend erforscht zu sein.

Natürlich, die Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion seit Chruschtschow sind gut erforscht. Der „Gulaschkommunismus“ in Ungarn auch. Und die Pläne von Alexander Dubcek und Ota Sik sind ebenfalls bekannt.

Aber was ging dem voraus? Wie hat sich die Anbetung der Privatwirtschaft, die Ablehnung der gesamtgesellschaftlichen Planung, die Diskreditierung der Orientierung auf Gebrauchswertproduktion und der Tanz um das goldene Kalb namens Wertgesetz in die ökonomischen Lehranstalten, in die Partei, in die sozialistische Gesellschaft hineingefressen?

Wir brauchen Forschungen über die „**Zeit davor**“, also über die Sowjetunion spätestens ab Ende des Zweiten Weltkrieges, über Ungarn seit Ende der 1940er Jahre, über die Tschechoslowakei und die DDR ab Mitte der 50er Jahre (denn NÖSLP war auch nichts anderes als Chruschtschow – und wurde von Walter Ulbricht ja auch zurecht abgebrochen, nur leider ohne Debatte), über den gesamten Weg des „Kampfes zweier Linien“ in China, vor allem über die Zeit, bevor Deng Xiaoping einflussreich und ein Gegenspieler Maos wurde, über Vietnam.

Denn wenn die antisozialistischen Kräfte des modernen Revisionismus noch klein und unentwickelt sind, sich noch nicht vielfältig an allen möglichen Stellen der Partei und des Staates eingenistet haben und Machtpositionen erobern konnten, kann man diesen konterrevolutionären Prozess noch beenden. Für künftige Anläufe zum Sozialismus ist dieses uns heute noch fehlende Wissen unverzichtbar.

Nur wie machen? Wir haben kein ökonomisches Forschungsinstitut und auch keine Fremdsprachenkorrespondenten (russisch, ungarisch, tschechisch, spanisch), ebensowenig Reisekader, die sich in die jeweils nationalen Archive begeben könnten.

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

